

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend früh 7 Uhr.
Inserate: Die dreizehnpol. Letztheile 6 Pf. g.
Expedition: Mälzerstraße 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pf. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pf. durch die Post.

N. 3.

Sonnabend den 6. Januar.

1877.

Für das laufende Quartal werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 1,25 Mark resp. 1,20 Mark von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entzogen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.
Die Expedition
des „Merseburger Correspondenten“.

Zur Reichstagswahl des Kreises Querfurt-Merseburg.

Der Tag nicht mit raschen Schritten, an dem die Pflicht jeden deutschen Wählers sein wird, den Namen desjenigen Abgeordneten in die Wahlurne zu versenken, dem er das meiste Vertrauen schenkt. Je nach dem politischen Standpunkte des Wählers wird natürlich auch sein Vertrauen auf diesen oder jenen Candidaten gerichtet sein, und Jebermann wird es gerechtfertigt finden, wenn der Conservative dem Conservativen, der liberale Wähler dem liberalen Candidaten seine Stimme giebt. Etwas anderes ist es aber, wenn unter politischem Deckmantel eine Partei sich regt, der dieser Mantel, weil unrechtes Gut, nicht zum Nutzen der Partei, sondern nur umhänget, um ihre wahre Gestalt zu verschleiern, die Politik zu treiben vor sich, während sie lebendig elende Sonderinteressen verfolgt.

Dies sind die sogenannten Agrarier, die Socialisten im Schlafrock; mit allen Mitteln haben sie es in allen Gauen unferes Vaterlandes versucht, für ihre Sonderinteressen Propaganda zu machen, daß Bindnis mit irgend welcher politischen Partei wäre ihnen recht gewesen. — Alle aber kehrten den Rücken. Verurtheilt und geächtet fanden keine Heimath auf deutscher Erde, ruhelos irrten umher, einem unruhlichen Ende entgegen, ein melches Aufzuden verrieth noch ihr Dasein. Trotzdem haben sich denn auch in unserm Wahlkreise diese Herren gemüthigt gesehen, das agrarische Banner herauszuküsten, zuerst bei der Wahl zum Landtag unter conservativer, und da dies nicht sieben wollte, jetzt bei der Reichstagswahl unter liberaler Flagge, indem sie einen zweifellos angeblich liberalen Candidaten in der Person des Reg.-Raths Jäger auf den Schild erheben, in Opposition gegen den bisherigen zuverlässigen Vertreter der liberalen Partei, den Rechtsanwalt Wölfel in Merseburg.

Selten jedoch ist wohl je eine Partei (wenn man es eine Partei nennen kann) besser heimgekommen, als die Agrarier von den Liberalen. Sämmtliche liberalen Wahlversammlungen der Kreise Querfurt und Merseburg erkannten als ihren alleinigen und ausschließlichen Candidaten den

Rechtsanwalt Wölfel in Merseburg, er stets treu zur Partei gestanden und dem erst in ganz jüngster Zeit als Zeichen dankbarer Anerkennung seiner politischen Thätigkeit ein schönes Ehrenzeichen von seiner, der liberalen Partei erdmet wurde.

Da, ihr liberalen Wähler, bei Wölfel wissen daß er liberal ist und allen Verdächtigungen vom Trog auch bleiben wird, vom Regierungsrath Jäger, den uns die Agrarier empfehlen, sion wir dagegen, daß er in Lauchstädt bei der

Wahl zum Landtag als conservativer Candidat aufgestellt war, während ihn die Agrarier jetzt zu einem Liberalen stempeln, eine Thatsache, die denn doch ein ganz eigenthümliches Licht auf den politischen Charakter des Regierungsraths Jäger wirft; jedenfalls ist dieser Herr zu bedauern, daß er als ungeschulter Politiker sich dazu herbeigelassen, seinen Namen den Sonderinteressen einer Clique dienstbar zu machen.

Denn, nicht ist es die Aufgabe eines Reichstagsabgeordneten, im Reichstage Ständes- und Sonderinteressen zu vertreten, denn da würde schließlich jeder Stand dies verlangen, sondern dahin zu wirken und zu streben, „daß die Gesetzgebung nicht schlafen lassen, halter hoch wie immer das alte liberale Banner und bedenkt, daß das alte gute Sprichwort „eine Taube in der Hand ist besser als ein Sperling auf dem Dache“ auch heute noch gilt!

Und deshalb noch einmal, ihr liberalen Wähler alle, auch Ihr, die Ihr in Unkenntnis den Ruf zum Jäger mit unterzeichnet, schaaft Euch zusammen wie Ein Mann zur

**Wiederwahl des Rechtsanwalts
Wölfel,**
zerplittert nicht die Partei, überlastet den Herrn Jäger dem großen Politiker Adolph Richter in Loblag, den die Lorbeeren seines Reichstags-Namensvetters nicht schlafen lassen, halter hoch wie immer das alte liberale Banner und bedenkt, daß das alte gute Sprichwort „eine Taube in der Hand ist besser als ein Sperling auf dem Dache“ auch heute noch gilt!

Uebersicht.
Mittels nach den Wahlen, am 12. Januar, tritt der preussische Landtag zu seiner ersten Session zusammen, die jedoch schon Anfang Februar geschlossen werden muß und in dieser kurzen Zeit außer dem Staatshaushalt sich nur mit kleineren Gegenständen befassen kann. Nach Schluß des Landtags wird alsdann der neugewählte Reichstag seine erste Session abhalten, die sich wohl vorzugsweise mit wirtschaftlichen Angelegenheiten, wie den Handelsverträgen, dem Patentrese, der Revision des Actiengesetzes, vielleicht auch der Zollrevisionsvorlage in veränderter Gestalt und der Reichsfeiernbahnfrage zu beschäftigen haben wird. Den Schluß dieser parlamentarischen Campaigne wird alsdann wiederum der Landtag bilden.

Gegenüber dem wüsten Geschrei über die Justizgesetze kommen jetzt auch die Stimmen gerechter und unbefangener Beurtheiler aus den verschiedensten deutschen Bundesstaaten zur Geltung. Es liegen in der Presse eine ganze Reihe von Kundgebungen vor, welche constatiren, daß im Gerichts- und Rechtsverfahren gegenüber den heute herrschenden Zuständen sehr wesentliche Fortschritte gemacht worden sind und daß die Opfer, welche man dem Zustandekommen des Werkes bringen mußte, vielleicht ein Verzicht auf manchen Herzenwunsch darstellten, aber wenigstens nirgends einen Rückschritt gegen das heute gültige Recht. Die Sprache hatte bisher eine Macht, weil das Volk noch nicht Gelegenheit gehabt hat, den praktischen Werth dieser Geleze und den außerordentlichen Fortschritt an Rechtssicherheit und Rechtseinheit kennen zu lernen, der in diesem Werke ent-

halten ist. Wer sich in aller Kürze über diese Fortschritte unterrichten will, dem empfehlen wir das „offene Sendeschreiben“ des Abg. Lasker, „der Streit um die Justizgesetze“, wo er in musterhafter Einfachheit und Klarheit das bisher gültige Recht und die nunmehr erreichten Vorzüge gegenübergestellt findet.

Die orientalische Krisis, die in den letzten Wochen während der Conferenzverhandlungen ein ruhigeres Tempo angenommen hatte, steht jetzt unmittelbar vor der Entscheidung, und die Ausichten auf eine friedliche Beilegung haben sich wieder sehr verdüstert. Die Conferenz hat ihre Forderungen bestimmt formulirt und die Pforte hat bisher als Erweiterung nur Ausflüchte und Winkelzüge gehalten, die im Wesentlichen auf die Ablehnung hinauslaufen. Beharrt die Pforte entschieden auf ihrer Ablehnung, so werden nicht nur die Diplomaten der Conferenz, sondern alle Vertreter der Großmächte sofort Constantinopel verlassen und Rußland wird wohl ungefümt mit kriegerischen Maßnahmen vorgehen. Die Ausichten, den russisch-türkischen Krieg zu vermeiden, sind nicht gerade mehr groß. Aber wenigstens insofern hat sich die Situation seit den letzten Wochen günstiger gestaltet, als allgemeiner europäischer Zusammenstoß kaum mehr in Frage kommen kann. Die Mächte gehen durchaus geschloffen vor und die Pforte steht dem einmüthigen Willen Europas gegenüber. Verharrt sie in ihrem Troge, so wird sie auf irgend welche Unterstützung von Seiten einer europäischen Macht sich keine Rechnung mehr machen können. In dieser Beschränkung des Kriegsschauplatzes auf eine Auseinandersetzung zwischen Rußen und Türken liegt immerhin ein Trost, denn man sich noch vor wenigen Wochen kaum hingeben dürfte, als der Czar Alexander seine kriegsgebende Ansprache in Moskau hielt und der englische Premierminister mit dem Sabel raffelte. Jede Stunde kann den definitiven Bescheid der Pforte auf die Anträge der Conferenz bringen; lange hinhalten wird man sich wohl jetzt nicht mehr lassen, der Worte sind auch in der That genug gewechselt. Wenn aber bei dieser Gelegenheit das Osmanenreich van seinem Schicksal errettet wird, so sind die dafür verantwortlich zu machen, welche statt des ernstlichen Strebens, die tiefen Schäden des Landes zu heilen, mit dem Possenspiel einer Verfassung und eines Parlaments auf diesem Boden der völligen Barbarei vor Europa treten und die Ehre des Staats im leichtsinnigen Spiel auf eine Karte setzen.

Deutschland.
Berlin. Die Kaiserin erschien am Donnerstags Mittag zu der 150 jährigen Jubelfeier der königlichen Charite und widmete der Anstalt ein Portrait des Kaisers mit folgenden Worten: „Se. Majestät der Kaiser haben Mich beauftragt, Sein Bild an diesem Ehrentage zu überreichen. Seine hohe Anerkennung gilt der von Seinen erlauchten Vorfahren gegründeten Anstalt, welche für die Zwecke der Humanität und Wissenschaft unserer Hauptstadt stets die wichtigste Bildungstätte darbieten wird.“

Während der Tafel, welche zu dem Jubelfest Sr. Maj. des Kaisers stattfand, erhob sich Sr. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kron-

Waarenlager
on Vormittag
urs-Verwaltung
alle.
W. Graul
ung
hr. (Pionier-Compagnie)
nahr, früh 7 Uhr.
rt: Rathshof.
Das Kommuni-
nördlichen Feuerwe-
rinden bei Herrn Klein
liegen.
Der Völk-Bezirk
ordentliches Dinstmänn-
Joreke. Ausgicht
er geht. Zu schen-
Wählern, die etwas
Vente zur hinstellen
15. Januar. Abg. Nr.
Apelt. Brechtel
Wahl sind mir 9
H. M. gestanden, u
Enale durchgeschwin-
eben geben, ihre Aus-
abhandlung, nützlich
fenden Volkes vom
Göttingen 6. Wähl-
gehören, ist abkom-
erhält eine Belohn-
chese, Fleißermeister,
fester Keller Nr. 1.
Breitstraße bis nach
instete verloren.
Großen deutschen Vaterlandes versucht, für ihre
Sonderinteressen Propaganda zu machen, daß
Bindnis mit irgend welcher politischen Partei
wäre ihnen recht gewesen. — Alle aber kehrten
den Rücken. Verurtheilt und geächtet fanden
keine Heimath auf deutscher Erde, ruhelos irrten
umher, einem unruhlichen Ende entgegen, ein
melches Aufzuden verrieth noch ihr Dasein.
Trotzdem haben sich denn auch in unserm
Wahlkreise diese Herren gemüthigt gesehen, das
agrarische Banner herauszuküsten, zuerst bei der
Wahl zum Landtag unter conservativer, und da
dies nicht sieben wollte, jetzt bei der Reichstags-
wahl unter liberaler Flagge, indem sie einen zwei-
fellos angeblich liberalen Candidaten in der Person
des Reg.-Raths Jäger auf den Schild erheben,
in Opposition gegen den bisherigen zuverlässigen
Vertreter der liberalen Partei, den Rechtsanwalt
Wölfel in Merseburg.
Selten jedoch ist wohl je eine Partei (wenn
man es eine Partei nennen kann) besser heimge-
kommen, als die Agrarier von den Liberalen.
Sämmtliche liberalen Wahlversammlungen der
Kreise Querfurt und Merseburg erkannten als
ihren alleinigen und ausschließlichen Candidaten
den
Rechtsanwalt Wölfel in Merseburg,
er stets treu zur Partei gestanden und dem erst
in ganz jüngster Zeit als Zeichen dankbarer An-
erkennung seiner politischen Thätigkeit ein schönes
Ehrenzeichen von seiner, der liberalen Partei
erdmet wurde.
Da, ihr liberalen Wähler, bei Wölfel wissen
daß er liberal ist und allen Verdächtigungen
vom Trog auch bleiben wird, vom Regierungsrath
Jäger, den uns die Agrarier empfehlen, sion wir
dagegen, daß er in Lauchstädt bei der

prinz und brachte folgenden Trinkpruch auf Seinen Kaiserlichen Vater aus: „Im Namen des deutschen Volkes und des deutschen Heeres trinke Ich auf das Wohl unseres Allergnädigsten Kaisers, Königs und Kriegsherrn. Gott segne und erhalte Eure Majestät.“ Seine Majestät der Kaiser und König erwiderten: „Meine Herren! Ich fordere Sie auf, Ihre Gläser zu ergreifen. Wir trinken auf das Wohl der Nation, aus der das Heer hervorgegangen ist.“

„Der Kaiser beging den festlichen Tag mit der erfreulichen Rüstigkeit und der wunderbaren Frische des Geistes und Herzens, welche Gott der Herr dem allverehrten Fürsten zur Freude und zum Heile Preußens und Deutschlands auch ferner erhalten wolle!“ — mit diesen Worten schließt die „Provinzial-Correspondenz“ ihren kurzen Bericht, den sie der Feier der 70jährigen Dienstjubiläums unseres Kaisers gewidmet hat.

Die Prinzessin Karl welche bereits seit längerer Zeit leidend war, hat sich vor acht Tagen eine starke Erkältung zugezogen und ist jetzt ziemlich erheblich erkrankt.

Die beiden ältesten Söhne des Kronprinzen werden noch in diesem Monat in Cassel ihre Prüfungen ablegen. Prinz Friedrich Wilhelm wird unmittelbar nach dem Examen einige Monate bei der Leibcompagnie des 1. Garde-Regiments z. F. in Potsdam practischen Dienst thun. Prinz Heinrich wird nach dem Examen einen Curus auf der Marineschule in Kiel durchmachen.

Kürst Bismarck konnte wegen eines heftigen Wiederauftretens seines Leidens, einer Anschwellung, den Neujahrsestlichkeiten nicht beiwohnen.

Der Staatsanzeiger veröffentlicht die königliche Verordnung, durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie auf den 12. Januar 1877 zusammen berufen werden. Die Session wird, wie auch die Provinzialcorrespondenz bekräftigt, von S. M. dem König selbst eröffnet werden.

Aus der letzten Session des Reichstages wird noch der Commissionsbericht über das vom Abg. Prinzen Hohenlohe-Langenburg beantragte Gesetz über den Vogelwuchs erscheinen. Inzwischen ist in allen landwirthschaftlichen Kreisen eine lebhafte Agitation für die reichsgegliederte Regelung dieser Materie bemerkt geworden. Man will dies Ziel auch auf anderen Wegen fördern. So soll zunächst in den Schulen auf dem Lande die Jugend durch Belehrung über den Nutzen der bis jetzt vorzugsweise eingefangenen und getödteten Vogelarten unterwiesen und andererseits sollen die bestehenden polizeilichen Verbotsvorschriften mit besonderer Strenge gehandhabt werden.

Es war beantragt worden, daß die Bestimmung in § 26 des Reglements für die Reichstagswahlen, nach welcher die Ermittlung des Wahlergebnisses am vierten Tage nach der Wahl erfolgen soll, mit Rücksicht darauf, daß dieses mal der vierte Tag auf einen Sonntag fällt, für die bevorstehenden Wahlen abgeändert werden möge. Nach einem jetzt ergangenen Rundschreiben des Ministers hat das Reichskanzleramt eine solche Aenderung abgelehnt, doch soll die Feststellung der Wahlergebnisse erst nach Beendigung des Gottesdienstes erfolgen.

Die Commission befaßt sich mit der Vorberathung eines Gesetzentwurfs über Zusammenstoß von Schiffen auf der See tritt Mitte Januar unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsraths Dr. Köning im Reichskanzleramt zusammen. Preußen delegirt drei Sachverständige, die übrigen Seculerrstaaten zwei, resp. einen.

Wie man von bestunterrichteter Seite mittheilt, wird die von der Telegraphen-Verwaltung erzielte Mehreinnahme des Jahres 1876 auf 1 Million Mark veranschlagt. Bis Ende November hatte sich ein Plus von 945,000 Mk. ergeben, der Ueberschuß dürfte also die Summe von 1,000,000 Mk. übersteigen.

Die Berliner Jurisfacultät hat den Oberbürgermeister Riquel wegen seiner hervorragenden Verdienste um die Justizgesetze zum Ehrendoctor creirt.

Der frühere Bischof von Münster hat seinen Bertheiliger, Rechtsanwalt Doehorn in Posen,

angewiesen, gegen das ihn verurtheilende Erkenntnis die Appellation einzulegen. Die ultramontanen Blätter verkünden bereits, daß die übrigen verurtheilten Geistlichen die gleiche Maßregel ergreifen würden.

Wie die „Dreslauer Zeitung“ aus besserer Quelle berichtet, dürfte an Stelle des von seinem Posten zurücktretenden Grafen Arnim-Boitzenburg Herr von Puttkammer, Bezirkspräsident von Vorhagen und bisheriger Reichstagsabgeordneter, zum Debrpräsidenten von Schlesien ausersehen sein.

Orientalische Angelegenheiten.

Türkei. Die „Politische Correspondenz“ meldet aus Constantinovel, daß angesichts der großen Spannung der Sachlage im türkischen Minister-rathe nicht mehr volle Einigkeit herrsche, in Folge dessen Wadhat Pascha, welcher gegen jede Nachgiebigkeit sei, mit seinem Rücktritt drohe.

Wie aus Pera unterm 3. d. telegraphirt wird, hat Midhat's Kriegspolitik vollständig gesiegt, der Sultan und die Minister sind einig, daß der Krieg einem mahomedanischen Aufstand vorzuziehen sei. Savjet wird in der morgigen Conferenz erklären, daß die Pforte dem am Montag Gesagten nichts hinzuzufügen habe. Salisbury macht große Anstrengungen im friedlichen Sinne, vorausichtlich vergeblich.

Nach einer Meldung der „Agence Havas“ hob der Marquis v. Salisbury bei einer Besprechung mit dem Großvezir besonders hervor, daß es im Interesse der Türkei liege, die Vorschläge Europas anzunehmen. Der Großvezir erwiderte, in einigen Punkten könne er nachgeben, ablehnen müsse er aber alle Bedingungen, die mit der Würde der Türkei unverträglich seien. Am Dienstag fanden unter den europäischen Delegirten wiederholt Besprechungen statt, dieselben werden fortgesetzt werden. Mittwoch findet eine Sitzung des türkischen Ministeraths statt, der Beschluß desselben wird in der Donnerstags-Sitzung der Conferenz mitgetheilt werden. Es heißt, daß bei einem ablehnenden Beschlusse der Pforte die Delegirten Salisbury und Ignatieff sofort abreißen würden.

Mukhtar Pascha ist zum Gouverneur von Kreta ernannt worden, zum Vorschaffer in Berlin ist Khalil Scherif designirt.

Die Rüstungen der Türkei dauern unverändert fort. Nach neuesten Berichten sind aus Aegypten bereits 5 Bataillone Infanterie in Constantinovel eingetroffen. Im Ganzen sollen noch 9 Bataillone und 8 Batterien dajelbst eintreffen. Izet Pascha organisirt die tücherfesten Reiter-schaaren, aus welchen er 4 Regimenter zu formiren hofft. Der Sultan hat aus seiner Chatoull die nöthigen Geldmittel für die Bewaffnung und Equipirung dieser Reiterei angewiesen. Es ist dies das zweite große Opfer, welches Abdul Hamid innerhalb Monatsfrist aus seiner Privatfajse der Landesverteidigung bringt. Vor kaum vier Wochen hat er 120,000 türkische Lire nach London zur Liquidirung des Panzerschiffes „Mahmudieh“ geschickt. Das Schiff dürfte dieser Tage in Constantinovel eintreffen. Die Regierung hat gestattet, daß die Nationalgarde sich Uniformen nach dem Muster der ungarischen Honveds anschafft. Man sieht hier bereits Türken in dieser kleinsamen Uniform einherstolzieren.

Serbien. Aus Belgrad, 1. Januar, meldet das „N. W. Ztbl.“: Ein Divisionsbefehl des Generalleutnant Nikitin unterstellt die russischen Freiwilligen dem Kriegsministerium. Die Russen verweigern die Anerkennung. Das vierte Bataillon der russischen Freiwilligen marschirte gestern Vormittags vor den türkschen Conak und verlangte vom Fürsten seine Fahne, um nach Rußland abzugehen. Fürst Milan verweigerte die Herausgabe, weil der Kriegsminister abwesend sei. Nachmittags versammelten sich sämtliche russische Offiziere bei Dwert Regeninnoff und beschloßen, daß die Russen in drei Tagen in taktischer Ordnung nach der Heimath abmarschiren, wenn sie nicht das selbständige russische Commando wie bisher behalten. Dwert Regeninnoff begab sich sofort zu Nikitin und Consul Garzoff, um diesen Beschluß zu unterbreiten.

Die Türken verlassen sämtliche Positionen,

von Djunis und am linken Morawa-Ufer. Auch aus Merinas beginnen sie die Rückzugsbewegung und rücken nach Widin. Die serbische Dorfbevölkerung der dortigen Ortschaften kehrt in ihre früheren Wohnungen zurück.

Die slavischen Comités von Mostau und Petersburg haben einen russischen Officier, Namens D. in Odessa wegen des Verdachtes verhaften lassen, daß derselbe die ihm für die russischen Freiwilligen in Serbien anvertrauten Gelder veruntreut habe. Man spricht davon, daß mehrere der zurückkehrenden russischen Officiere ein gleiches Schicksal erwartet.

Rumänien. Die Bedingungen, welche die Türkei an Rumänien bezüglich dessen Unabhängigkeitserklärung stellt, sind folgende: Kapitalisirung des von letzteren bisher gezahlten Tributs, ein Garantie-Vertrag der Großmächte behufs der Feststellung von Rumänien's Neutralität und das Halten einer geringen Militärmacht.

Die Deputirtenkammer nahm am Donnerstag einstimmig eine Resolution an, in welcher die Haltung der Regierung gebilligt wird und zugleich an dieselbe das Verlangen gestellt wird, Protest gegen die Auffassung der Pforte bezüglich der staatlichen Stellung Rumänien's zu erheben. Der Ministerpräsident Bratiano versicherte, die Regierung werde in jedem Falle ihre Pflicht thun und sich nicht eher zurückergeben, als bis die Pforte durch einen eben so feierlichen Act wie die Proclamation der Verfassung erklären werde, daß Rumänien keinen Theil des türkischen Reiches bilde.

Ausland.

Oesterreich. Die Conferenz wird hier als abgethan betrachtet, die Donnerstags-Sitzung wird lediglich dem Schlußacte dienen, der von einer feierlichen Erklärung begleitet werden soll, es müßte denn die Pforte in letzter Stunde der Preßion der Mächte nachgeben oder es müßten an Ignatieff's veröhnliche Weisungen eintreffen. Beides hält man für unwahrscheinlich.

England. Die meisten Morgenblätter bezeichnen die Besprechung der gegenwärtigen politischen Lage eine friedliche Lösung der Dinge im Orient. Die „Times“ dagegen meint, die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens braucht ihre Berechtigung nicht aufgegeben zu werden, wenn die Conferenz wirklich auseinander gehe; nur würde dann die Türkei den Frieden theurer erkaufen müssen als jetzt.

Die fortgesetzte türkische Papiergeldausgabe hat hieselbst den übelsten Eindruck hervorgerufen. Die militärischen und maritimen Vorkehrungen bleiben unausgesetzt, obgleich im Falle eines Krieges zwischen Rußland und der Türkei, England außer der Reserve nicht heraustreten wird, so lange sich nur um Bulgarien handelt.

Nach den amtlichen Ausweisen zählt man während des Jahres 1876 7759 Fahrten sülch der rige, etwa eben so viele, wie regelmäßig in einigen Jahren.

Zu den Wahlen.

In Nordhausen haben sich trotz der Hezerei der Berliner fortschrittlichen Blätter die Nationalliberalen und Fortschrittler über einen Reichstags-candidaten geeinigt und ist der Gerichtsrath Götting aus Berlin als solcher aufgestellt.

Kassel, 3. Januar. Die auch von uns übernommene Mittheilung, daß Feldmarschall Grafin Moltke kein Reichstagsmandat mehr annehmen wolle, bestätigt sich nicht. Der Landrath des Kesseler Kreises erklärt wie der „Graudenzeller“ konstatirt, ausdrücklich, daß Graf Moltke wieder als conservativer Candidat des Wahlkreises Kassel-Heydekrug auftreten werde.

Kassel, 3. Januar. Der hiesige fortschrittliche Verein hat für den Wahlkreis Kassel Meljungen die Candidatur des Herrn Schulze Delisch aufgestellt.

Aus der Provinz.

Am 1. Januar feierte der Pastor Theun zu Bennstedt sein 50 jähriges Amtsjubiläum.

In Nordhausen soll demnächst ein Privat-handelschule errichtet werden, in welcher vor-

proben Lehrkräften Unterricht in den hauptfächlichen kaufmännlichen Wissenschaften erteilt wird. Halle, 4. Januar. Heute Morgen ist am Durchbruch nach dem Schimmelthore in einem neugeborenen Kinde mit durchschnittenem Halse das Opfer eines Verbrechens aufgefunden worden, dessen Urheber noch unbekannt sind.

Alstedt. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall hat sich am Donnerstage zugetragen. Der hiesiger Gans aus Katharinenrieth geht Morgens 10 Uhr nach seinem 3/4 Stunden entfernten Pflanzgarten Nicolausrieth, um dort vor Jahreschluss noch einmal Communion zu halten. Er kommt, trotz Hateses, bis nahe zum Dreie. Der Berufsweg führt ihm jedoch zum Todtsrog geworden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist er ausgeglitten und hinstürzt, was bei der ungeheuren Härte nicht zu verwundern war. Erst gegen 12 Uhr Mittags fand man ihn, mit dem Kopfe nach unten in dem eben dem Wege befindlichen Graben liegend, sprach- und bewusstlos aufgefunden. Alle ärztlichen Bemühungen, dem alten, würdigen Manne das Leben zu erhalten, sind vergeblich geblieben; Gegen 4 Stunden darauf gab er seinen Geist auf, ohne Hoffnung zur Besserung zum Bewusstsein gelangt zu sein. Am Neujahrstage wurde seine Leiche unter großer Theilnahme beigesetzt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 5. Januar 1877.

Der bisherige Secretariats-Assistent der hiesigen königl. Regierung Habeder ist zum Regierungs-Secretair und der Militär-Anwärter Weiskopf sowie der bisherige Civil-Superintendent Fraueneheim sind zu Regierungs-Secretariats-Assistenten ernannt worden.

Nach den Bekanntmachungen der Gemeindeverordneten unserer Stadttheile finden die kirchlichen Wahlen in drei derselben Sonntag den 7. Januar, und zwar in der Stadt- und Domgemeinde gleich nach dem Vormittagsgottesdienste, in der Altenburg Mittags 12 Uhr, statt. Als Wahllokal ist für die Domgemeinde der Saal des Gymnasiums, für die Stadtgemeinde die Stadt- und für die Altenburger Gemeinde der Saal der Duper ersten Bürgerstraße bestimmt. Die Gemeindeverordneten werden vorgeschrieben, die Wahl am 6. Monats ihre Wahlen vornehmen können.

Die öffentliche Ermittlung und Bestimmung der Wahlresultate erfolgt nach einer Bekanntmachung des betreffenden Wahlcommissars für den Wahlkreis Duerfurt-Merseburg von Seiten der hierzu bestellten Commission am Montag den 15. Januar, von früh 10 Uhr ab, im „goldenen Saal“ hierseht.

Heute Abend trifft der Reichs- und Landesoberpräsident Herr Dr. Lasker auf seiner Durchreise zu einem kurzem Besuche bei dem Hrn. Reichsanwalt Wölffel hierseht.

Für Unternehmer von Erdbarbeiten dürfte die am 8. d. M. Nachmittags anstehende Licitation der Saal-Durchführung von Interesse sein. Das neue Projekt der Saal-Durchführung soll in drei Loosen zur Ausschreibung verdingen werden.

Aus dem Kreise Merseburg.

Nach einer vom Kreis-Ausschuss veröffentlichten Bekanntmachung betragen die Einnahmen der Kreis-Communalkasse im Jahre 1875 67,630 Mk. 28 Pf. Denselben steht eine Ausgabe von 58,905 Mk. 53 Pf. gegenüber, so daß ein Bestand von 8,724 Mk. 75 Pf. verbleibt.

Die Küster- und Schulleute zu Burg, Lützenau, Sandephorie Merseburg, wird zum 1.

April 1877 erledigt. Bewerbungen sind bei der königlichen Regierung zu Merseburg anzubringen.

Vermischtes.

Berlin. Anlaßlich der hundertjährigen Geburtsstagsfeier Christian Rauch's, welche am 3. Januar festlich begangen wurde, hatten fast alle in Berlin bestehenden künstlerischen Vereine besondere Feste veranstaltet.

Die dem Kaiser an seinem Jubeltage im Namen der alten Militärs überreichte Adresse im Renaissancestil ist aus dem Atelier des akademischen Künstlers Ernst Schübe hervorgegangen. Am Kopfe des ersten Blattes befindet sich unter der Sonne der preussische Adler; rechts oben zeigt ein Bild die Uebergabe des Degens an den jugendlichen Prinzen Wilhelm, links die damalige Parade des 1. Garderegiments zu Fuß; die beiden Seiten fassen links eine Germania, rechts Waffen von 1807-1877 ein; unten zeigt sich links die Stannburg Hohenzollern, rechts eine Gruppe Soldaten. Das zweite Blatt trägt am Kopfe das preussische Wappen, an den drei Seiten die Erinnerungsmedaillen an den päpstlichen, den österreichischen und den französischen Krieg; rechts unten ist das Hermannsdenkmal, links die Siegessäule dargestellt. Das dritte Blatt zeigt die Kaiserkrone und den Reichsadler, an welche sich in weitem Kranze die Wappen sämtlicher deutschen Staaten reihen. Das vierte Blatt ist wiederum mit dem preussischen Adler und militärischen Trophäen geschmückt. — Das prächtige Ehrenschwert, welches die Vereinen dem Kaiser geschenkt haben, ist aus der Werkstatt von Sch & Wagner hervorgegangen. Lessing schreibt darüber: „Der Entwurf des Schwertes von A. Wagner lehnt sich in Gestaltform und Verzierungen an die mittelalterlichen Prachtwaffen an. Die Ornamente tragen den Charakter der romanischen Kunst des 13. Jahrhunderts in freier, geschmackvoller Ausbildung; die figurlichen Theile sind in rein classischer Stille gehalten, Griff und Scheide des Schwertes, so wie die Gürtelstücke sind aus massivem Gold gearbeitet. Der Griff, von mächtigem Umfange, aber noch fahbar, entfällt in zwei nischenartigen, blau emaillirten Vertiefungen die Gestalten der Germania und der Borussia, an den Enden der Pariränge in 4 Medaillons die vier Cardinaltugenden, die Stärke mit Krone und Stier, die Gerechtigkeit mit Waage und Schwert, die Beharrlichkeit mit der Mauer und die Großmuth mit dem Löwen. Die Figuren sind von Calandrelli modellirt und in matten Silber ausgeführt. Im Schwertknopf befindet sich auf jeder Seite das Auge Gottes in der bekannten symbolischen Art dargestellt mit Widderkopfen, welche aus Brillanten gebildet sind. Die Scheide ist von durchbrochener Arbeit, mit rothem Sammet unterlegt, die frei gearbeiteten Vorberblätter innerbalb spitzig ovaler, durch Golddrähte gebildeter Fächer sind von großer Schönheit der Zeichnung. Die Klinge ist von vorzüglichem solinger Damascener-Stahl. Auf derselben sind durch Ätzung erhaben verzeichnet die Namen der 26 Schlachten und Gesichte, welche der Kaiser beigenoßt, von Vorberberzeiten umgeben. Von dem Uebergang über den Rhein am 1. Januar 1814 bis zum Einzuge in Paris am 2. März 1871, welche Gesichte! Die breite Gürtelkette ist aus kräftigen Gliedern gebildet, welche auf lauem Grunde Dreiecksgestalt zeigen; in der verbundenen, thurmartig gehaltenen Charnerflächen befinden sich kleine Ritterfiguren, in Silber gearbeitet. Das Schwert ist in allen Theilen auf das Sorgfältigste durchgearbeitet; die einzelnen Verzierungen sind in geschmackvollster Weise der Gesamtkomposition eingeordnet. Die von Kallrich & Zacharias modellirten ornamentalen Theile zeigen eine große Bereicherung der sonst üblichen Verzierungen und sind ein sehr erfreuliches Zeichen von der Leistungsfähigkeit unserer heimischen Arbeit. Das Ganze ist ein Prachtstück ersten Ranges, das seinen Stiftern und Verfertignern alle Ehre macht.“

Leipzig, 2. Januar. Wegen Herausforderung zum Zweitamp wurde in einer vor dem hiesigen tgl. Bezirksgericht heute Vormittag stattgefundene öffentlichen Hauptverhandlung der Stud. Jhr. Friedrich Heinrich Louis Lucius aus Erfurt zu einer Woche Festungshaft verurtheilt.

In Gotha sind eine Anzahl Photographen aus den verschiedensten Städten Thüringens zu einem Photographenverein zusammengetreten. Vorsitzender ist R. Schöner in Weimar.

Der Holzdörbiger Seidel aus Groß-Glogau hat in der Fabrik der Herren Seidel & Co. in Breslau ein Kissen aus 54,000 Nier Inzart hergestellt. Zur Einweihung desselben wurde ein Ball arrangirt und in dem Falle u. A. von 10 Paaren ein Contre Tanz bequemer angeführt.

Danzig. (Danz. Bld.) Das rasche Thermometer zeigt an der Rogat wieder bange Verognisse hervor. Nicht nur läßt daselbst es fraglich erscheinen, ob die Verstopfung des Bruchs bei Fingerstampe noch rechtzeitig gelingen wird, da die Anzapf ist in großer Masse noch mangelndem Material mit vielen Schweißstellen zu kämpfen hat, sondern es lassen auch die große Stärke des Eises auf der unteren Backel und die dazwischen geführte gewaltige Eisstopfung so wie die Verletzung der Backmündungen durch mächtige Lagen von Kien- und Padeis die Bändernen des ganzen unteren Rogatlaufs als ernstlich gefährdet erscheinen. Falls der jegige rasche Winterumschlag von Bestand sein sollte. Die Verletzungen gegen neue Ueberdrehungen sind jedoch werden daher im großen Bereich wie in der rechtsseitigen Rogat-Wiederung bereits in umfangreichen Maße betrieben.

Die Zahl der Actiengesellschaften in Berlin erhält sich trotz des Krachs und trotz der schlechten Zeiten noch immer auf einer recht anständigen Höhe. Es fungiren zur Zeit in Berlin 225 Actiengesellschaften, darunter 33 Bank-Institute, 31 Baugesellschaften, 17 Brauereien, 3 chemische Fabriken, 9 Färbereien, Spinnereien und Webereien, 11 Gesellschaften für Zuhilfen, 5 für Gas- und Wasseranlagen, 4 Gummiwaarenfabriken, 15 Maschinen- und Eisenbahnbedarf-fabriken, 4 Maschinen-Fabrikanten, 4 Papier-Fabrikanten und 89 diverse. In Liquidation befinden sich zur Zeit 51 Actiengesellschaften.

(Eolter Wetterer.) Man schreibt aus Moskau: „Dem panslawistischen Comité muß man es nachsagen, daß es sich ganz vorzüglich darauf versteht, die Massen durch möglichst graufige Bilder aus dem Leben gegen die Türken und für den Krieg zu fanatisiren. Das genannte Comité ließ nämlich in letzterer Zeit fünf Individuen, denen Nasen und Ohren fehlen, aus Bosnien und der Herzegovina eigens nach Moskau kommen, damit dieselben alle größeren Städte des Reiches bereisen und den Massen ein lebendiges Bild von dem geben, was die Südslaven von den Türken zu erdulden haben.“ Man sieht nur noch, daß auch die Türken bei dieses Mittels bedienen, um die Russen gegen die Christen aufzufachen, denn es ist bis heute noch nicht entschieden, wer das Nasen- und Ohrenabschneiden kunstvoller übt, die Türken oder die Südslaven.

Durch den St. Gottthard Gerichtshof wurde, wie aus Pest gemeldet wird, im December ein ierschacher Mörder in dem vierundzwanzigjährigen Landmann Ludwig Kosner zum Tode verurtheilt. Das Schenkel hatte von seiner Mutter das väterliche Erbe theil vererbt, war mit derselben in Streit gerathen und hatte mit einem Beile erst diese und darauf seine beiden Schwwestern, die ihn an der Wutthat vertheidigen wollten, ermordet. Nicht genug damit, tödtete er auch noch 3 kleinere Kinder der älteren Schwester, um jeden Augen der grauenvollen That zu vernichten. Erst nach mehrmonatlicher Untersuchung legte der Mörder ein Geständniß ab, worauf der Urtheilsspruch erfolgte.

Wer einen Bodentopf hat eines Heiligengrabs tragen will, reibe diesen nachts täglich mehrmals mit Petroleum ein. Das Mittel soll unfehlbar sein. Dar muß er sich kein Licht zu nahe kommen lassen.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 2. Januar. Die Weiterbeförderung von Telegrammen mittelst der Post als gewöhnliche, nicht eingeschriebene Briefe ist auch auf benachbarte telegraphische Bezirke ausgedehnt, welcher durch die großherzogl. badischen Bahn-Telegraphenstationen, durch die Telegraphenstationen der hiesigen Ludwigsbahn, der Main-Neckar-Eisenbahnen, der oberhessischen Eisenbahnen und derjenigen in Elberfeld vermittelt wird.

— Aus der „Gloz Zeitung“ erfahren wir eine für das korrespondirende Publikum wichtige Verfügung der österreichischen Postbehörde. Das österreichische Handelsministerium hat nämlich angeordnet, daß Briefe mit auf dem Convents abgedruckten oder lithographirten Aufschriften von Firmen de. Briefabender, oder mit auf ähnliche Weise abgedruckten Abbildungen von Medaillen oder anderer Zeichen, in den Grenzen des österreichischen Kaiserreichs durch die Post nicht befördert werden können, selbst dann, wenn solche vom Auslande erhalten worden sind.

Gerichtliche Entscheidungen.

Der gemeinsame unbesetzte Wiberstand Mehrerer gegen einen Fortbeamten, wobei einer der Aufständigen dem Beamten eine Körperverletzung verursacht, ist nach einem Erkenntnis des Obertribunals vom 1. December v. J. gegen jeden Beteiligten auf Grund des § 118 des Str.-G.-B. (ist durch den Wiberstand oder den Angriff eine Körperverletzung dessen, gegen welchen die Handlung bezogen ist, verursacht worden, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu erkennen“) mit Zuchthausstrafe zu ahnden.

- Am Sonntag den 7. Januar predigen:
 - Domkirche. 10 Uhr: Hr. Consistorialrath Leischnier.
 - 2 Uhr: *)
 - Stadtkirche. 10 Uhr: Hr. Pastor Heinelen.
 - 2 Uhr: *)
 - Neumarktkirche. Herr Pastor Dreiling.
 - Altenburger Kirche. Hr. Pastor Gruner.
 - Katholische Kirche. Früh 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr Gottesdienst.
- *) Der Nachmittags-Gottesdienst fällt wegen der kirchlichen Wahlen aus.
- **) Der Nachmittags-Gottesdienst fällt der kirchlichen Wahlen wegen aus.

Die Verteilung des Forberger'schen Legats findet nächsten Donnerstag Abend nach dem Gottesdienste statt.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die in § 56 der deutschen Beyordnung vom 28. September 1875 enthaltenen Bestimmungen fordern wir alle diejenigen Militärpflichtigen hiesiger Stadt, welche im Jahre 1857 geboren sind und gegenwärtig hier geistliches Domicil haben, oder sich hieselbst als Diensthöfen, Gezellen, Lehrbüchler, Handlungsdiener oder in anderer vorübergehender Weise aufhalten, sowie diejenigen, welche vor dem Jahre 1857 geboren sind, bis jetzt aber noch keine definitive Entscheidung erhalten haben, die sie vom Militärdienste im Friedenszeit befreit, hierdurch auf, sich zur Aufnahme in die Stamm-Rolle sofort, spätestens bis zum 15. Januar 1877 in unserm Militär-Bureau zu melden. Für die zur Zeit abwesenden Militärpflichtigen sind

die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brod- oder Fabrikherrn derselben verpflichtet, die Anmeldung zu bewirken.
Von den auswärts Gebornen sind die Geburtscheine resp. die Atteste über etwaige frühere Gestellungen bei der Meldung vorzulegen.

Hierbei machen wir besonders darauf aufmerksam, daß auch diejenigen Gestellungsplichtigen, welche sich in die Stammmrolle gemeldet und ihren Wohnort nicht verändert haben, zur Wiederholung der Anmeldung verpflichtet sind, und daß jeder, welcher die Anmeldung unterläßt, nach § 23 der vorgezeichneten Verordnung mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. event. verhältnißmäßiger Haft belegt werden wird.

Gleiche Strafe haben die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brod- oder Fabrikherrn, welche die Anmeldung militärpflichtiger Personen verabsäumen, zu gewärtigen.
Merseburg, den 2. Januar 1877.

Der Magistrat.

Bei Anbau eines neuen Saales habe ich 2-300 Juhren gute Erde zu vergeben. Gute Afsuhr.

W. Graul,
Kaiser Wilhelms-Halle.

Dünger ist zu verkaufen
Mälzerstraße Nr. 5.

In meinem Hause, Bahnhofsstraße Nr. 1, ist das bisher vom Herrn Kataster-Secretair Niskche bewohnte Logis vom 1. April ab anderweitig zu vermieten. J. Schönlicht.

Zwei Etagen, herrschaftlich eingerichtet, auf Verlangen ein Stück Garten sind im Ganzen oder getheilt sofort oder später zu beziehen. Weissenfeller Straße 7.
Ein Logis, 2 Stuben, Kammer, Küche, Bodenammer, Stall und Mitgebrauch des Waschhauses, ist zu vermieten Neumarkt Nr. 71.

Weissenfeller Straße Nr. 4 ist eine elegant eingerichtete geräumige herrschaftliche Wohnung zu vermieten und sofort zu beziehen. Auf Wunsch kann auch Stallung für Pferde dazu gegeben werden. F. Wolf.

Zwei Stuben nebst Zubehör sind im Ganzen oder getheilt von jetzt an zu vermieten und Diern 1877 zu beziehen.
Ein Logis, Stube, Kammer, Küche, Bodenammer und Vorstall, Preis 28 Thlr., ist zu vermieten Breitetstraße Nr. 10.

Ein Familien-Logis ist zu vermieten und 1. April zu beziehen.
Ein freundliches Familien-Logis ist an stille Leute zu vermieten Delgrube Nr. 3.

Ein Logis hat zu vermieten Herr. Gippe, Glasmeister, Brühl Nr. 7.

Seine Wohnung ist mit allem Zubehör für 19 Thlr. an ruhige Leute zu Oftern zu vermieten H. Sixtstraße 3.

Ein Logis für 13 Thlr. zu vermieten Breitetstraße 2.

Ein Logis von 2 Stuben, Kammer, Küche und allem Zubehör ist zu vermieten Wengler, Weissenfeller Straße 9.

Ein Logis von 1 Stube, Kammer, Küche und sonstigem Zubehör ist zu vermieten und zum 1. April zu beziehen. H. Bauer, Marktstraße 3g.

Ein Logis von 2 Stuben nebst Zubehör, sowie 1 kleine Stube sind pr. 1. April zu vermieten Ruffbaumallee Nr. 2b.

In meinem Hause Unteraltenburg Nr. 1 sind parterre 3 Logis, davon ein größeres mit Laden und 2 Logis eine Treppe hoch zu vermieten und zum 1. April d. J. zu beziehen. Philipp Gaab.

Gesucht

wird 1 Familienwohn. in guter Lage, 2 Stuben, 1 bis 3 Kamm., nebst Zubehör, von einem Beamten zu Oftern. Dinst. mit Preisangabe werden Mälzerstr. 10, 1 Tr. erbeten.

Articles de Paris.
Unter strengster Discretion zollfrei versende Man wende sich vertrauensvoll an die
Jeden Gummi-Artikel.
Führung, Gummiwaarenfabrik von C. Schlaefke, Hamburg.
Gummi u. Fischblase, pr. Dbd. 2-6 M. Preiscouvante gratis.
Anfragen werden prompt beantwortet.

Für Fleischbeschauer und Fleischer
empfehlen die gesetzlich vorgeschriebenen Formulare **Sellig & Köhner.**

Die größte Auswahl in Schuh- und Stiefel-Waaren

biete einem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend unter Zusicherung nur guter Waare und billiger Preisstellung. Vorzüglich mache ich auf meine dauerhaft gearbeiteten **Mädchen-Lederstiefeln** zum Schmutz mit und ohne Doppelsohlen, auch warmgesüttete darunter, aufmerksam. Einen kleinen Posten zurückgesetzte Zeugstiefeln mit warmem Futter für Mädchen verlaufe sehr billig.

Filz- und Tuchschuhe billigt.

Reparaturen der bei mir gekauften Waare werden gut besorgt.

Jul. Mehne,

Intenplan, Ritterstraße Nr. 1.

Gummischuhe werden gut reparirt bei

Jul. Mehne.

Das Kohlen-Engros-Geschäft von Julius Thomas, Neumarkt,

bringt seinen Prestor, Briquettes, prima böhmische Kohle, Duxer, Teplitzer deutsche Kohle, westphälische, Zwickauer Kohle in jeder Körnung, Coak Holzkohle in Lowrien und Partien von 1 Ctr. bei Kohle, 50 Stück bei Briquettes und an franco Platz in empfehlende Erinnerung.

Die Qualitäten meiner Feuerungsmaterialien sind genügend bekannt.

Vielsachen Wünschen zu genügen, wird

der Ausverkauf des Jul. Carssow'schen Waarenlagers bis auf Weiteres alle Donnerstage und Montage von Vormittags 10 Uhr ab fortgesetzt werden. Die gerichtliche Concurs-Verwaltung.

Brattische

à Pfund 30 Pf.

Emil Wolff.

empfeht

Dorsch-Leberthran

von A. Gardemann in Emscherich, wegen seiner Güte und Wirksamkeit allezeit von den Aerzten empfohlen, ist stets vorrätig in Originalflaschen à 1 Mart
Derselbe eisenhaltig à Mk. 1.20 Pf. bei
Germann Hade und
Emil Wolff in Merseburg.

Meine **Catarrbrotzen** mildern jede Fieberzeit und jeden catarralischen Husten, und sind vorrätig bei
Conditior Carl Adam in Merseburg.
Dr. H. Müller, prat. Arzt etc.

Zur gefälligen Beachtung!

Ich beehre mich hiermit, dem geehrten Publikum Merseburgs und der Umgegend ergebenst anzuzeigen, daß ich mein **Taback & Cigaren-Lager** eigener Fabrik von der Sixtstraße 2 nach der gr. Mitterstraße Nr. 4 verlegt habe. Ich bitte, das mir dort gesandte Vertrauen auch hierher gültig übertragen zu wollen, indem ich bemüht sein werde, Gebermann mit nur guter Waare reell und pünktlich zu bedienen.
Hochachtungsvoll
Otto Henke.

Wegen sofortiger Aufgabe des Geschäfts habe ich einen **Ausverkauf** sämtlicher Topf- und Steinzeugwaaren zu Fabrikpreisen, sowie aller zum Viehwirtschaft gehörenden Artikel **Dom Nr. 10**, Marttags neben dem goldenen Arm.
Auch einige Möbel, wie ein Kleiderschrank, 1 Etagenschrank u. s. w. stehen billig zum Verkauf.
W. Richter.

Gegen Trichinen

versichern
Kaufmann Julius Thomas, Neumarkt, ferner
Fleischbeschauer Behrens, Breitetstraße,
Fleischbeschauer Emma Pönke, Delgrube,
Fleischbeschauer Wolff, Clobitzauer Straße,
für die **Braunschweiger Viel-Versicherung.**

2 bis 3 Herren

welche sich an einem **Curius** im Schönjahren be-theiligen wollen, werden gebeten, ihre Adressen in der Expedition d. Bl. gefälligst niederzulegen.

Männer-Turn-Verein.

Seute Sonnabend den 6. d. M. Abends 8 Uhr Turnstunde, Mittwoch den 10. d. M. Abends 8 Uhr Singstunde auf der Funkenburg.
Der Vorstand.

Zur guten Quelle.

Morgen Sonntag Dänzig.

Verein zur Förderung kirchlichen Lebens in der Gemeinde St. Maxim
Dienstag den 9. Januar nächste Versammlung
Der Vorstand.

Merseburger Landwehr-Verein
Sonntag den 14. d. M., Nachm. präcis 4 Uhr
I. Quartal-Versammlung im Saale der Funkenburg wozu sämtliche Mitglieder unter Hinweis auf den Statuten-§ eingeladen werden.
Kameraden, welche dem Vereine beizutreten wünschen, wollen sich vorher unter Angabe ihrer Militär-Papiere beim Vereins-Vorstand, Handelsgärtner Seidel (Delgrube) anmelden.
Das Directorium.

Tivoli.

Sonntag den 7. Januar 1877, Nachmittags 3 1/2 Uhr
Abends 7 1/2 Uhr

Extra-Concerte,

gegeben von der Stadtcapelle.
Krumholz, Stadtmusikus.

Funkenburg.

Sonntag den 7. Januar Extra-Concert. Anfang Abends 7 1/2 Uhr. Nach dem Concert Länzchen.
C. Schütz, Stabstrompeter.

Runkel's Restauration.

Seute **Schlachtezeit**, früh 9 Uhr Wellfleisch, Abend Brat- und frische Wurst.

Ich suche zum 1. Februar ein ordentliches Dienstmädchen **Frau Jorcke**, Burgstraße 10.
Am Donnerstag Nachmittag gegen 4 Uhr ist auf der Halleschen Straße eine Reichthaffenanweisung gefunden worden. Der legitimirende Eigentümer kann sich melden beim **Bädermeister Hoffmann** am Markt.

Verloren

wurde am Sylvesterabend ein **Kindergummischuh**, gegen Belohnung abzugeben **av. Sixtstraße 17.**

Bürsenversammlung in Halle.

vom 4. Januar 1877.
Getreidegenstand netto, Preise mit Ausschluß der Courtag
Weizen 1000 Kilo geringer 189-198 M. bez., bester 201-222 M. bez., feiner bis 231 M. bez.
Roggen 1000 Kilo 192-197 M. bez.
Gerste 1000 Kilo gewöhnliche Landgerste 165-169 M. bez., besser 172-176 M. bez., feine und Chevalite bis 186 M. bez.
Hafer 1000 Kilo 174-184 M. bez.
Hilfenfrüchte 1000 Kilo Victoria-Erbst 202-204 M. bez., Bohnen 50 Kilo 10,25-10,50 M. bez.
Winsen 50 Kilo 12-15 M. bez.
Kümmel 50 Kilo 46-48 M. bez.
Futtermehl 50 Kilo 7 M. bez.
Rübsöl 50 Kilo 38 M. verlangt, 37 M. geboten.
Kleine Roggen 6-6,25 M. bez., Weizenstaalen 5-5,25 M. bez., Gerstkleie 5,25-5,50 M. bez.
Heu 50 Kilo 4 M. bez.
Stroh 50 Kilo 4,25-4,50 M. bez.

Für die Redaction verantwortlich: L. Köhner, Druck und Verlag von Hellig & Köhner.

Liberale Reichs-Wahl-Post

für den Wahlkreis Querfurt-Merseburg.

Extrablatt des Merseburger Correspondenten.

Sonnabend den 6. Januar 1877.

An die Liberalen!

Die Wahl zum deutschen Reichstage findet statt:

Mittwoch den 10. Januar 1877 von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags.

Der einzige und alleinige Candidat der liberalen Partei ist

der Rechtsanwalt und Notar **J. Moritz Wölfel** in Merseburg.

Zur Beachtung!

Es werden gedruckte Stimmzettel mit dem Namen des Rechtsanwalts Wölfel überall im Wahlkreise verbreitet werden. Wer trotzdem einen gedruckten Zettel nicht erlangen kann, der braucht nur auf ein Stück weißes Papier zu schreiben:

Rechtsanwalt Wölfel in Merseburg.

Solche geschriebene Zettel haben dieselbe Gültigkeit wie gedruckte.

Mitbürger in Stadt und Land!

Eine aus allen Theilen des Wahlbezirks Querfurt-Merseburg zahlreich besuchte Versammlung liberaler Vertrauensmänner und Wähler hat heute beschloffen, für die

Wiederwahl des bisherigen Reichstagsabgeordneten, Rechtsanwalts Wölfel in Merseburg

anzutreten und zu wirken.

Diesem Beschlusse entsprechend, richten wir an unsere Gefinnungsgenossen, also an alle liberalen Wähler in den Kreisen Querfurt und Merseburg die dringende Bitte, bei der am **10. Januar 1877** stattfindenden Reichstagswahl nicht nur ihre Stimmen mit den unsrigen auf den

Rechtsanwalt Wölfel in Merseburg

zu vereinigen, sondern auch, ein Jeder in seinem Ortswahlbezirke, auf eine rege Beteiligung an der Wahl mit allen Kräften hinzuwirken.

Der Rechtsanwalt Wölfel ist kein uns unbekannter Neuling im öffentlichen Leben.

Er bedarf darum auch keiner besonderen Empfehlung.

Alle diejenigen, welche seit Anfang der sechziger Jahre sich an den oft sehr heißen Wahlkämpfen in unserem Wahlkreise beteiligt haben, kennen ihn als einen seiner **Gefinnung und Stellung nach unabhängigen** Mann, der jederzeit der liberalen Partei und den von ihr vertretenen Grundfragen ebenso uneigennützig als gewissenhaft und treu geblieben ist.

Von **erprobter** liberaler Gefinnung giebt uns der Rechtsanwalt Wölfel aber auch durch sein Wirken während einer **zehnjährigen** parlamentarischen Vergangenheit die Bürgschaft, daß er **nicht politischen Idealen nachjagt und einseitigen Parteiansichten oder gar Sonderinteressen zu Liebe die nächstliegenden Interessen des Volkes**, das er vertritt, **auf das Spiel setzt.**

Wir erinnern in dieser Beziehung nur daran, daß der Rechtsanwalt Wölfel im Reichstage

für die Bundesverfassung,
für das Reichsmilitärgesetz,
für die Reichsjustizgelese

bestimmt hat.

Wie bisher, so wird er aber auch ferner — dessen sind wir sicher — einerseits die **Reichs-Regierung in ihrer nationalen Politik unterstützen** und andererseits **zu dem freibestimmten Ausbau der Reichsverfassung nach Kräften beitragen.**

Vereinigen wir uns daher am **10. Januar** künftigen Jahres zur

Wiederwahl des Rechtsanwalts Wölfel!

Merseburg, den 30. December 1876.

F. W. Voigt, Gutsbesitzer, Albersroda. Karl Feisthorn, Gutsbesitzer, Albersroda. C. G. Semme, Mühlenbesitzer; C. v. Goldammer, Geschäftsführer, Albersroda. C. v. Heldert, Rittergutsbesitzer, Naumersroda. F. Jüde, Schneidemeister, Beudorf. V. Berger, A. Hofendorf, Bädermeister, Wölschen. Zeit, Gutsbesitzer, Brandersode. G. Hübig, Gutsbesitzer; A. Fußziger, Gutsbesitzer, Burgliebenau. C. Gerner, Gutsbesitzer, Calzendorf. Karl Red, Gutsbesitzer; S. Klinge, Drechsler; Karl Pfed, Deconom; Karl Strich, Gutsbesitzer, Corbetha. Bertram, Rittergutsbesitzer; Freywald, Lehrer, Creppau. Burhardt, Gutsbesitzer, Crölwitz. Fiedel, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenvereins, Delitzsch a. S. Anker, Bergmeister, Dürrenberg. Victor Kähler; Gd. Brokner, Kaufmann; Eichenjüdt, Magistrats-Beisitzer; G. Eichenjüdt, Mühlenbesitzer; C. Förker, Fabrikant; Großmann, Magistrats-Beisitzer; G. Hünge, Mühlenbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenvereins; G. Kerstin, Schneidemeister; S. Aloh, Fabrikant; Knabe, Fabrikant; Eduard Schöner, Kaufmann; F. Schöner, Brauereimeister; G. Scholz, Brauereimeister; F. Siegel, Gasthofsbesitzer; Trautmann, Lehrer; C. Zeiger, Glasermeister, Freyburg a. U. Rudloff, Mühlenbesitzer; Ebenhurg, Zimmermann; Stürze, Drechsler; Geißelröhlitz, Kuchsch, Gutsbesitzer, Götina. F. Reinboth, Einnehmer; F. Jahn, Gutsbesitzer, Görsch. A. Kemme, Drechsler, Götina. C. Brode, Gutsbesitzer; F. Schumann, Gutsbesitzer, Groß-Godtha. Louis Böhm, Gutsbesitzer; Greiner, Gasthofsbesitzer; Franke, Gutsbesitzer, Großgörschen. Fr. Pummer, Gutsbesitzer, Jüdenhof. Otto Giesemann, Gutsbesitzer; Schmidt, Förker, Großhörnhausen. A. Götz,

Gutsbesitzer; Dinkler, Bädermeister, Neuschberg. Julius Brede, Rittergutsbesitzer, Alcinorbertha. C. Panje, Amtmann, Alcinorbertha. Ulrich, Gemeindevorsteher, Zul. Vobland, Inspector, Alcinorbertha. Friedrich Böhm, Gutsbesitzer; W. Zeit, Gutsbesitzer, Anabendorf. V. Bauer, Fabrikdirector; A. Haring, Gutsbesitzer; Adolphe, Gutsbesitzer; A. Thiele, Oberinspector, Alcinorbertha. Otto, Amtmann, Alcinorbertha. Dehert, Mühlenbesitzer, Audenburg. C. G. Reiffers, Kaufmann; Kantsch, Carl Jahn, Biegeleibehrer; F. Heyne, Fleischermeister; F. Kiebers, Kuchschäfer, Theod. Thome, Steinhauermeister; Albert Trautmann, Drechsler, Ledersleben. Sander, Gutsbesitzer, Wölschen. Blätgen, Schuhmachermeister; F. G. Bürgel, pract. Arzt u.; J. Franke, Commissionair; Frauenheim, Mühlenbesitzer; F. G. G. Kaufmann; Greiner, Factor; Fr. Heidenreuter, Magistrats-Beisitzer; G. Heidenreuter, Deconom; Herzberger, Landwirth; C. V. Lorenz, Kaufmann; F. Müller, Zimmermeister; Dr. Neubert, pract. Arzt u.; Pfäumer, Lehrer; C. Sack, Maurermeister; W. Ehröder, Inspector; C. Schumann, Kaufmann; Jüffel, Commissionair, Wölschen. Reinhardt, Obersteiger, Kückendorf. A. Altsleben, Gelbgießer; Angermann, Kaufmann; G. Arnold, Tischlermeister; W. Becker jun., Lederhändler; Behrens, Fabrikant; F. Bichter, Director; W. Buschmann, Kaufmann; G. Tüschel, Kaufmann; C. Gibe, Deconom; Fritsch, Kaufmann; D. Heber, Landwirth; A. Heyne, venl. Einnehmer; A. Horn, Glasermeister; D. Hübel, Bädermeister; A. Kötje, Metallbeher; C. Aloh, Fabrikant; Karl Knabe, Deconom; Wilhelm Kops, Zimmermeister; Dr. Krieg, Stadter-

ordneten-Vorsteher: Kürbis, Mühlenbesitzer; A. Katt, Deconom; Th. Mayer, Fabrikant; A. Wöhlke, Schuhmacher; Chr. Münch, Gärtner; A. Nögler, Kaufmann; Beckolt sen., Stadtrat; G. Pfeiffer, Bauunternehmer; G. Pfeiffer, Bauunternehmer; Z. Reich, Händeler; Reichel, Kaufm.; Th. Köhner; F. Köhler, Ziegelb.; W. Köhler, Mähdänenbauer; A. Sauer, Rentier; G. Schimpf, Decon; G. Schlegel, Kaufmann; M. Schmeider jun., Nagelstübenbesitzer; Z. Schunz, Buchbinder; S. Schünli, Kaufmann; Carl Schulze, Kaufmann; Heinrich Schulze sen., Kaufmann; A. Schwarz, Kaufmann; Seffner, Bürgermeister a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses; Stecher, Fleischermeister; W. Steinbrück, Bauhandwerker; Z. Veiter, Förster; A. Wiegand, Bohrermeister; A. Wiese, Kaufmann; F. G. Wirth, Fabrikant; Franz Wirth, Seifenfabrikant; Professor Dr. Witte; G. Wolf, Deconom; Albert Zahn, Lederfabrikant; F. Zahn, Sattlermeister, Merseburg. Karl Krahmer, Drtsrichter; Hermann Ziegler, Meuchel, Landwirth; G. Hoffmann, Gutsbesitzer, Milzau. Fedr. Abel, Mühlenbesitzer und Stadtverordneter; A. Branne, Deconom; G. Branne, Magistrats-Meßor; Heilmann, Stadtverordneter; A. Habe, Stadtverordneter; G. Heidsing, Mädeln, Herr, Gastwirth, Naundorf. Andreas Dintel, Landwirth; G. Schmidt, Erbis, Mühlenbesitzer; Jurisch, Schmiedemeister; A. Nals, Neumart. Friedr. Thieme, Gutsbesitzer, Dberreichted. Glitz, Gutsbesitzer, Reumart. Alwin Blüthner,

Das Programm

der Deutsch-Conservativen und ihres Candidaten im Wahlkreise Querfurt-Merseburg.

Im Juli v. J. erschien ein „Ausruf zur Bildung einer deutschen conservativen Partei“, der auch die Unterschrift des Herrn von Hellborn-Verdra trägt.

Dieser Ausruf enthielt das Programm der deutsch-conservativen Partei und in dem Programm heißt es unter Nr. 4 wörtlich:

„Wir betrachten den kirchenpolitischen Streit, der als Culturkampf von Liberalismus zum Kampfe gegen das Christenthum ausgebaut wird, als ein Unglück für Reich und Volk und sind bereit, zu dessen Beendigung mitzuwirken. Wir erkennen einerseits dem Staate das Recht zu, kraft seiner Souveränität sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen, und werden die Staatsgewalt den entgegenstehenden Ansprüchen der römischen Curie gegenüber unterstützen. Andererseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Verbot der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. In diesem Sinne sind wir zu einer Revision der im Laufe des Kampfes erlassenen Gesetze bereit. In diesem Sinne werden wir auch für das gute Recht der evangelischen Kirche auf selbstständige Regelung ihrer inneren Einrichtungen eintreten.“

Der sonstige Inhalt des Programms erhob sich nicht über die bekannten Schlagwörter der „Kreuzzeitung“, und fand deshalb kaum in den Kreisen der Conservativen eine weitere Beachtung.

Desto größeres Aufsehen erregte, und nicht zum Mindesten in den Kreisen, welche dem Reichskanzler, Fürsten Bismarck nahe stehen, die Stelle, die wir oben abgedruckt haben.

Denn während der Fürst Bismarck im deutschen Reichstage und in den beiden Häusern des Preussischen Landtags das ganze Gewicht seiner Person für das Zustandekommen der sog. kirchenpolitischen (oder Mai-) Gesetze eingesetzt und zu wiederholten Malen jene Gesetze als unentbehrliches Hülfsmittel in dem ihm aufgetragenen Kampfe gegen die Ultramontanen bezeichnet hatte, erklärten ja die Unterzeichner jenes Ausrufs, erklärten also die Gründer der deutsch-conservativen Partei dem Fürsten Bismarck frank und frei: wir erkennen nicht an, daß der Erlass jener Gesetze erforderlich war, wir wollen daher eine Revision, d. h. eine Abänderung, eine Aufhebung der Maigesetze! Daß sich die deutsch-conservative Partei durch das Verlangen nach einer „Revision“ dieser Gesetze, mit der Politik des Fürsten Bismarck in directen Gegensatz setzte, war deshalb Jedermann klar. Es war aber auch jedem politisch denkenden Manne klar, daß die von der deutsch-conservativen Partei angestrebte Beseitigung der „Maigesetze“ — eine Beseitigung des hochverdienten Cultusministers Dr. Falk zur nothwendigen Folge haben würde.

Das Programm der Deutsch-Conservativen fand also schon darun in deutschen und im preussischen Volke seinen Anklang, weil die Deutsch-Conservativen in jenem wichtigen Punkte dem Fürsten Bismarck offene Opposition machten.

Unter den Männern, welche das Programm mit unterzeichnet haben, finden sich denn auch eine Anzahl solcher, welche als entschiedene politische Gegner des Fürsten Bismarck bekannt sind, wie z. B. der Regierungspräsident a. D. von Krassow, der Ober-Präsident von Kleist-Regow u. A. m.

Auffällig war und blieb übrigens, daß die Deutsch-Conservativen zwar dem Staate das Recht zuerkannten, „kraft seiner Souveränität, sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen“, daß sie sich aber nur bereit erklärten, „die Staatsgewalt den entgegenstehenden Ansprüchen der römischen Kirche gegenüber zu unterstützen“.

Auffällig ist und bleibt daher auch jene Stelle aus dem jetzt veröffentlichten Wahlprogramm des Kammerherrn von Hellborn-Verdra, in welcher es wörtlich heißt:

„Die Diener der Kirche sollen nicht nach weltlicher Macht und Herrschaft trachten, und die römische Kirche soll sich den Gesetzen im Reiche fügen, die zur Erhaltung des religiösen Friedens und zum Schutze der staatlichen Ordnung nöthig sind.“

Man fragt nämlich: soll sich denn in der That nur die römische Kirche den Gesetzen des Reiches fügen, oder soll sich jede Kirche diesen Gesetzen fügen?

Und man fragt weiter: soll sich denn nicht jede Kirche jedem Gesetze fügen, welches — die Unterschrift des Kaisers und des Fürsten Bismarck trägt?

Oder sollen etwa „die Diener der Kirche“ allein das Recht haben, einem Reichsgesetze den Gehorsam zu verweigern, weil nach ihrer Ansicht

Mühlenbesitzer, Pretis, Gause, Rechtsanwalt und Notar; F. Hülse, Mühlenbesitzer; Lehmann, I. Lehrer; Meyer, Kreisrichter; Ader, Brauereidirector; Albert Schulze, Grubenbesitzer, Querfurt. Gust. Faulmann, Gutsbesitzer, Naundorf. G. Bärmann, Gutsbesitzer; F. Daberit, Gutsbesitzer; Gmelin, Gutsbesitzer; Ferdinand Felger, Gutsbesitzer; Ferdinand Heider, Gutsbesitzer; G. Kluge, Gutsbesitzer; G. Neus, Gutsbesitzer und Drtsrichter; F. Schurig, Gutsbesitzer; K. Schlegel, Gutsbesitzer; Hermann Stöber, Gutsbesitzer; R. Köhler, Gutsbesitzer; F. Schlegel, Gutsbesitzer; Hermann Stöber, Gutsbesitzer; Th. Ehrenberg, Mühlenpächter; Carl Germer, Fabrikdirector; Fr. Gerstenberger, Schlossermeister; F. G. Kupka, Mühlenfabrikant; W. Naubert, Lederfabrikant; C. Stecher, Restaurateur; G. Wendt, Sattlermeister, Schandig, Hermann Weid, Deconom, Schlopau. Münzel, Gutsbesitzer, Schnellrode. C. Hindrich, Drtsrichter; G. Weider, Gastwirth, Söben. Krösch, Rittergutsbesitzer, Walleckendorf. Postmann, Kaufmann, Weiskirchenbach. Gottfried Böhm, Gutsbesitzer, Ziegelroda, W. Braun sen., Rittergutsbesitzer; Braun jun., Zöbiger. G. Bachmann, Mühlenbesitzer; Emmerich, Drtsrichter; G. Große, Kunstgärtner; Langenberg, Gutsbesitzer; F. Reizmann, Gutsbesitzer; F. Stenzel, Gutsbesitzer, Börsen. Bauer, Gutsbesitzer, Züschdorf.

das betreffende Gesetz „zur Erhaltung des religiösen Friedens und zum Schutze der staatlichen Ordnung nicht nöthig ist?“

Das wäre die „rechte Gleichheit“ vor dem Gesetze gewiß nicht. Man müßte denn auch jedem andern Menschen, der eine strafbare Handlung begeht und deshalb auf Grund des Reichsstrafgesetzbuchs zur Verurteilung gezogen wird, ebenfalls die Entschuldigung gestatten, daß nach seiner Ansicht dieß Reichsgesetz nicht nöthig sei!

In dem besprochenen Programmpunkte liegt nun aber in der That der wesentlichste Unterschied zwischen der deutsch-conservativen und der liberalen Partei.

Die liberale Partei verlangt nämlich unbedingte Unterwerfung der Diener jeder Kirche, also auch der Diener der evangelischen Kirche unter die Gesetze, welche die Unterschrift unsres Kaisers und Königs und seine Minister tragen.

Die deutsch-conservative Partei dagegen will die Diener der Kirche nur insoweit an die Gesetze gebunden wissen, als die Kirche und ihre Diener die Gesetze „zur Erhaltung des religiösen Friedens und zum Schutze der staatlichen Ordnung“ für nöthig halten.

Natürlich hat unter diesen Umständen die deutsch-conservative Partei namentlich im Kreise Querfurt fast alle „Diener der Kirche“ auf ihrer Seite — und jetzt ist vielleicht auch jene Stelle in dem Wahlprogramm der Deutsch-Conservativen nicht mehr so auffällig!

Doch noch ein Wort zum Schluß: Als einmal der Fürst Bismarck im Reichstage — natürlich nicht von den Liberalen, die ihn ja in seiner Kirchenpolitik stets unterstützt haben — aufgefordert wurde zu einer „Revision der Maigesetze“, lehnte er die Aufforderung mit den Worten ab:

„Nach Kanossa geh'n wir nicht!“

Wir, die Liberalen, geh'n auch nicht nach Kanossa! Die Reise dorthin lassen wir die Deutsch-Conservativen allein machen!

Die Freiconservativen im Wahlkreise Querfurt-Merseburg und ihr Candidat.

Als der „Merseburger Correspondent“ einige Zeit vor den letzten Wahlmännern die Nachricht brachte, daß der damalige Landrath Dr. von Schlieckmann in Querfurt als Candidat der verbündeten Agrarier und Deutsch-Conservativen für das Abgeordnetenhaus aufgetreten werde, wurde der „Merseburger Correspondent“ nach den Wahlmännern wählen lägen gestraft, denn die Agrarier und Deutsch-Conservativen proclamirten als ihren Candidaten — den königlich Preussischen Regierungsrath Herrn Jäger zu Merseburg.

Allein nichts dafoweniger war die vom „Merseburger Correspondent“ gebrachte Nachricht wahr, denn der Landrath von Schlieckmann hatte nach seiner eigenen Mittheilung der Regierung zu Merseburg amtlich angezeigt, daß er als Candidat aufzutreten werde. Warum er später von der Candidatur zurückgetreten ist, wissen wir auch; nach Einsicht der Wahlmännernliste war für einen abligen Herrn eine Aussicht auf Erfolg nicht vorhanden.

Die Candidatur des Herrn Regierungsraths Jäger wurde damals auch noch von anderer Seite und zwar mit folgenden Worten in öffentlichen Blättern empfohlen:

„Was seine (Jäger's) politischen Ansichten anlangt, so gehört der gemäßigt liberalen Partei an, und wird sich nach seiner Erklärung zur freiconservativen Partei halten.“

Wenn trotzdem bei der Wahl in Lauchstädt die Agrarier und Deutsch-Conservativen für den ebenso liberalen als conservativen Regierungsrath Herrn Jäger stimmten, so scheint das die Herren Freier von Hellendorf — Kunstädt und Genossen, welche Herrn Jäger als liberal-conservativ empfohlen hatten, ermutigt zu haben, Herr Jäger den alten christlichen Conservativen im Kreise Querfurt auch als Candidaten für die bevorstehende Reichstagswahl zu empfehlen.

Da sind sie aber schlecht gefahren. Denn nachdem sie in der ersten Versammlung, welche die Conservativen vor etwa 4 Wochen unter dem Vorstehe des Herrn Majors von Hellendorf — St. Ulrich in Mädeln abgehalten haben, wiederum den (in der Versammlung nicht anwesenden) Regierungsrath Jäger als conservativ-freiconservativ-liberalen Candidaten empfohlen gehabt haben, hat der Wählende Herr von Hellendorf — St. Ulrich die Anhänger des Herr

Jäger kurz und bündig aufgefordert, — das Lokal zu verlassen, was denn auch geschehen ist. —

Von den Deutsch-Conservativen ist demnächst der Kammerherr von Hellendorf-Bedra als Candidat aufgestellt worden.

Die alten Conservativen in unserem Wahlkreise sind nämlich mit den Liberalen darin einverstanden, daß ein politischer Mann nur einer Partei angehören kann, und deshalb, und um überhaupt ein ehrlich Spiel zu spielen, haben sie einen Mann als Candidaten aufgestellt, den Jeder als einen entschieden conservativen Mann kennt. —

Der Regierungsrath Jäger ist inzwischen freilich auch noch als Candidat aufgestellt, und zwar von dem Gutsbesitzer Adolf Richter in Niederlobichau und Genossen.

Aber jetzt weiß erst recht Niemand, woran er mit dieser Candidatur ist. Denn in einer Art Strafpredigt, die ein bekannter Unbekannter den Beamten in Nr. 142 des „Merseburger Kreisblatt“ wegen ihrer mangelhaften Betheiligung an der Wahlmännerwahl hielt, und die Jeder als eine Einleitung zur Candidatur des Regierungsraths Jäger ansah, wurde der damals noch ungenannte Candidat als „gemäßigt conservativ“ empfohlen, während die Herren A. Richter und Gen. in ihrem Wahlauftrufe den Herrn Regierungsrath Jäger als „liberal“ empfahlen.

Nur Andere für sich hat reden, schreiben und wirken lassen, noch vor dem 10. Januar d. J. den Schleier lüften, den — die Freiconservativen um seine Parteilichkeit gewoben haben.

Jeder Wähler hat ein Recht darauf, von Herrn Jäger selbst zu erfahren, welches sein politisches Programm ist.

Freilich nach dem erwähnten Artikel im „Merseburger Kreisblatt“ scheint es, als ob die „Landleute“ bei der Wahl noch die Beamten als Vormünder haben müßten. Denn nachdem der Einsender des Artikels offenbar selbst ein Beamter, erklärt hat:

„Die bei Weitem größte Anzahl unserer höhern Beamten z. B. sind einer gemäßigten conservativen Richtung zugeneigt und wünschen schließlich eine Vertretung unseres Wahlkreises in diesem Sinne.“

wirft er die Frage auf: „Wie Wenige aber haben gewählt! Ist es Bequemlichkeit oder welche Gründe sind es, die Euch (die Beamten) hindern, das Wahlrecht auszuüben? Was sollen wir von den Landleuten sagen, denen es an sich schon an einem rechten Verständniß und Interesse für die Wahlen fehlt, zumal wenn sie bald auf einander folgen, wenn die intelligenteren Wähler (d. h. unsere höhern Beamten) nicht erscheinen?“

Indessen „der höhere Beamte“, der jenen Artikel geschrieben hat, irrt sich gewaltig, wenn er denkt, die Landleute im Wahlkreise Querfurt-Merseburg hätten kein „Verständniß“ für die Wahl und müßten deshalb froh sein, wenn sich „ein höherer Beamter“ herabläßt, „Volksvertreter“ zu werden. Unsere Landleute und namentlich die Liberalen unter ihnen haben vielmehr ein so vortreffliches „Verständniß“ für die Wahlen, daß sie einen „höheren Beamten“, auch wenn er in allen Farben des Regenbogens schillert, schon darum nicht wählen, weil sie wissen, daß ein „Beamter“, und namentlich ein „höherer Beamter“ immer ein „Regierungsvertreter“

ist und bleibt, während sie wählen sollen — einen Volksvertreter! Die Regierung kann überdies — und auch das wissen die Landleute ganz genau — nicht besser vertreten sein im deutschen Reichstage, als sie ist durch den höchsten Beamten des Reiches — durch den Fürsten Bismarck!

Wenn aber der Fürst Bismarck sich einmal im Reichstage durch einen „höheren Beamten“, also durch einen Regierungsrath vertreten lassen will, nun! so hat er ja eine größere Auswahl, als wir in Merseburg, und da kann und muß man ja wohl auch ihm, dem Fürsten Bismarck, allein die Wahl überlassen.

So, wie sie bei uns auftreten, sind aber einzelne Heißsporne der Freiconservativen auch schon bei den letzten Landtagswahlen den Conservativen und den Liberalen gegenüber aufgetreten. Ausser manchem Mißerfolge bei diesem ihren Auftreten, haben sie deshalb aber auch — manchen Schreibebrief über sich ergehen lassen müssen, den sie und ihre Candidaten nicht hinter den Spiegel stecken werden.

Wir wollen nur eines solchen Falles erwähnen. Im Kreise Nettmann hatten die vereinigten Liberalen bei der letzten Landtagswahl in der Person des bekannten Abgeordneten Dr. Georg von Bunsen einen notorisch sehr gemäßigten Candidaten aufgestellt.

Einige Freiconservative aber stach der Hafer und sie stellten deshalb dem Herrn von Bunsen — auch einen freiconservativen Regierungsrath als ihren Candidaten entgegen.

Herr von Bunsen wurde trotzdem gewählt und richtete demnächst unterm 1. Novbr. v. J. an die Wahlmänner des Kreises Nettmann ein (in der „Elberfelder Zeitung“ veröffentlichtes) Dankschreiben, in welchem es u. A. wörtlich heißt:

„Ich danke aufrichtig und meine, auch im Sinne fast aller derjenigen Wahlmänner der rechte Abgeordnete des Kreises Nettmann sein zu können, die für meinen Gegner stimmten. Denn allerdings hat Ihr Wahlkampf einen Gegenstand zum Ausdruck und zum Austrage gebracht, den Sie heute kurz anzudeuten mir gestatten wollen, damit Sie genau wissen, in welchem Sinne ich Ihre Vertrauens-Ausweisung auffasse. Sie haben, wenn ich Sie richtig verstand, nicht der Partei der Freiconservativen den Fehdehandschuh hinwerfen, wohl aber einem Jertium entgegengetreten wollen, den die Unreise unseres öffentlichen Lebens entziehen lassen konnte, den aber die aufsteigende Entwicklung desselben wird ausrotten müssen. Ich meine die Ansicht, als könnte es der Rettung unserer Staatsgeschäfte ersparlich sein, wenn begabte Verwaltungsbeamte ihre Jugend in den parlamentarischen Körperschaften zubringen und durch diese Arbeit, anstatt allein durch ihre amtlichen Verdienste zu den höheren Stufen auf der so verlockenden Jakobshöhe emporzuklimmen. Zwei Güter stehen hierbei auf dem Spiele, die in meinen Augen einen gleich hohen Werth besitzen: unsere parlamentarische Zukunft und der Bestand unseres Beamtenthums. Wer die eine erringen und den andern erhalten helfen will, möge bei allen Wahlen sein Augenmerk auf Leute richten, denen, wie die unere Unabhängigkeit der Ueberzeugung, so die äußere der Lebensstellung zur Seite stehen.“

Da die liberalen Wähler aller Orten, insbesondere aber auch die liberalen Landleute in unserem Wahlkreise mindestens ebensoviel, wenn nicht mehr Verständniß für die Wahl eines Volksvertreters haben, wie „unsere höhern Beamten“, so — genügt es, den Brief des Herrn von Bunsen hier abzu drucken.

Die Moral von der Geschichte findet Jeder von selbst heraus.

Die Wahlversammlung der liberalen Partei der Kreise Querfurt-Merseburg,

welche am Sonnabend den 30. December 1876 Nachmittags im „Tivoli“ zu Merseburg stattfand und über welche der „Merseburger Correspondent“ schon einen vorläufigen Bericht gebracht hat, war aus allen Theilen beider Kreise aus Stadt und Land sehr zahlreich besucht.

Bald nach 2 Uhr vom Vorschussvereins-Director Herrn Bichter eröffnet, wurde Herr Professor Witte zum Vorsitzenden, Herr v. Hellendorf-Baumersroda zu dessen Stellvertreter, die Herren Bürgermeister Seffner-Merseburg und Fabrikant Knabe-Freyburg zu Beisitzern erwählt.

Als den Zweck der Versammlung bezeichnete der Vorsitzende die Einigung und Verständigung der liberalen Wähler des Wahlkreises bei der bevorstehenden Reichstagswahl. Es sei unbedingt geboten, daß sämtliche Liberale beider Kreise sich auf einen liberalen Candidaten vereinigen und einmüthig und geschlossen für denselben am Wahltag stimmten. Dann würde den Liberalen auch diesmal, wie früher, der Sieg nicht fehlen.

Als ein günstiges Zeichen sehe er es an, daß nicht bloß aus den entferntesten Gegenden des Wahlkreises bewährte liberale Männer persönlich bei der Versammlung erschienen seien, sondern daß er auch aus allen Theilen beider Kreise Zustimmungserklärungen zu den heute zu fassenden Beschlüssen in großer Zahl erhalten habe.

Aus dem sich anschließenden Rechenchaftsberichte des bisherigen Reichstagsabgeordneten Herrn Rechtsanwalt Wölfel, der in ebenso klarer und ruhiger als eingehender Weise ein Bild der Entwicklung unseres Verfassungslebens seit 1866 entwarf,

wollen wir die wichtigsten Gesichtspunkte hervorheben.

Nicht das erste Mal sei es, betonte der Redner gegenüber dem Geschrei eines Theils der Presse über die Annahme der Justizgesetze Seitens der nationalliberalen Partei, daß er auf einen Compromiß eingegangen, sondern bereits zwei Mal sei er in früheren Jahren in ähnlicher Lage gewesen, so 1867, wo er für die norddeutsche Bundesversammlung, ebenso 1874, wo er für das Reichsmilitärgesetz gestimmt habe. Beidemal habe er aus Ueberzeugung und nach bestem Wissen und Gewissen der jedesmaligen Vereinbarung zugestimmt, beidemal habe er sich in voller Uebereinstimmung mit seinen Wählern gefunden.

Daß heute der Compromiß über die Justizgesetze zu einem Verrath am Volke aufgebauscht werde, habe darin seinen Grund, daß für die Presse nicht diejenigen Freiheiten erlangt worden seien, welche in der 2. Lesung als notwendig bezeichnet und angestrebt wurden.

Aber auch hier müsse er betonen, daß nirgends ein Rückschritt gegen das Bestehende gemacht sei, daß nur in einigen wenigen Punkten der erwünschte Fortschritt nicht zu erreichen gewesen. Er habe sich die Frage vorlegen müssen, ob diese wenigen Punkte, wenn auch der von ihm als dringend wünschenswerth angesehenen Fortschritt für jetzt nicht durchzusetzen gewesen, so schwer in die Waagschale fielen, um deshalb ein Scheitern der ganzen Justizgesetze vor seinem Gewissen und vor dem Volke verantworten zu können.

Nun seien die Justizgesetze der größte Fortschritt auf dem Gebiete der nationalen Gesetzgebung, sie seien der Eckstein der deutschen Einheit, in dem Reichsgerichte sei dieser Rechtsvereinheit die Krone auf-

gelegt. Hervorgegangen aus jahrelanger, schwerer Arbeit, bezeichneten die Justizgesetze auf allen Gebieten, in der Civilprozessordnung, in der Kontursordnung, bei deren Fertigstellung Redner selbst in der Commission mitgewirkt, in der Strafprozessordnung u. an unzugänglichen Fortschritt und befriedigten ein dringendes Bedürfnis gerade des praktischen Lebens. So habe er nach bester Ueberzeugung für die Justizgesetze gestimmt und glaube sich dabei mit der großen Mehrzahl seiner Wähler in vollem Einklange zu befinden, deren Urtheilspruch er mit Ruhe und Vertrauen entgegenstehe.

Auch bei den übrigen Gesetzen, die dem Reichstage in den letzten Jahren vorgelegen hätten, dem Pressegesetz, Hilfskassengesetz, Gesetz über die Reichsbank u. habe er stets den gleichen Gesichtspunkt gewahrt, einzutreten ebenso für die nationale Entwicklung und Festigung des Reichs, wie für den freipolitischen Ausbau desselben und die Wahrung der berechtigten Interessen des ganzen Volks in allen seinen Theilen.

Der fast 2 stündige, von lebhaftem Bravo unterbrochene Vortrag fand allseitigen Anklang und die lebhafteste Zustimmung. Durch Erheben von den Sitzen statete die Versammlung dem Redner noch ihren besonderen Dank ab.

Man schritt nunmehr zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Aufstellung eines liberalen Candidaten für den Wahlkreis.

Bürgermeister Seffner-Merseburg schlägt den bisherigen Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Wölfel vor, als einen unabhängigen, im parlamentarischen Leben erfahrenen und erprobten, durchaus liberalen Mann, mit dem Bemerkten, daß seine Wähler alle Ursache hätten, mit seiner bisherigen Wirksamkeit im Reichstage zufrieden zu sein.

Nachdem dieser Vorschlag von Seiten der

Herrn v. Helldorff-Paumeröbota, Knabe-Freyburg und Kanefsky-Laucha lebhaft unterstützt war, namentlich auch mit Hinweis darauf, daß es nicht bloß gelte, den politischen Gegnern, sondern mehr noch der vorherrschenden Laubheit und Indifferenz entgegenzutreten und daß man hoffen dürfe, daß die gesammte liberale Wählerschaft sich abgesehen von allen persönlichen Fragen, einmütig um die liberale Fahne scharen und für den aufgestellten Kandidaten eintreten werde, forderte der Vorsitzende wiederholt auf, etwaige andere Namen liberaler Kandidaten zu nennen.

Da dies nicht geschah, wurde der Herr Rechtsanwalt Wölffel-Merseburg als alleiniger Candidat der liberalen Partei des Wahlkreises Quersfurt-Merseburg durch Abstimmung mit allen gegen 2 Stimmen aufgestellt und als solcher proclamirt.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, Wahl eines liberalen Wahlcomités, fördert verschiedene Ansichten über eine kräftige Agitation und namentlich die frühzeitige Inangriffnahme derselben bei zukünftigen Wahlen zu Tage, die sich endlich darin zusammenfinden, daß man den bereits bestehenden Wahlverein durch Cooptirung neuer Vorstandsmitglieder aus den Städten und größeren Dörfern des Wahlkreises zu stärken und durch Beirückerkürungen liberaler Männer zu erweitern beschließt.

Der Vorsitzende verliest sodann einen von ihm verfaßten Wahlaufruf (s. am Kopfe dieses Bl.), der von der Versammlung einstimmig acceptirt wird und schließt derselbe hierauf nach Erledigung wahlgeschäftlicher Angelegenheiten mit herzlichen Dankesworten für das zahlreiche Erscheinen die Versammlung.

Wir hoffen, daß dieselbe für die Sammlung, Einigung und Kräftigung der liberalen Partei in beiden Kreisen von dem besten Erfolge begleitet sein und daß der Candidat der liberalen Partei, Herr Rechtsanwalt Wölffel in Merseburg, mit großer Mehrheit zum Reichstagsabgeordneten erwählt werden wird.

* * * Laucha, 31. December 1876. Heute hat hier eine Wahlversammlung stattgefunden, die auch von ländlichen Grundbesitzern zahlreich besucht war. Nachdem der Reichstagsabgeordnete Wölffel in einer längeren Rede Bericht über die Resultate der abgelaufenen Legislaturperiode erstattet, und ihm die Versammlung mit einem dreifachen Hochgedankt hatte, wurde einstimmig beschlossen, für die Wiederwahl des Rechtsanwalts Wölffel in Laucha und Umgegend thatkräftig einzutreten.

In der Versammlung waren auch etwa 4 oder 5 Conservative anwesend, als deren Wortführer der Dr. Höfger aus Freyburg a. N. zum großen Ergötzen der anwesenden Liberalen eine leblich aus den bekannten Schlagwörtern der Agrarier und Deutschconservativen zusammengesetzte Rede — gegen den Liberalismus, nicht gegen den Rechtsanwalt Wölffel hielt.

Aus der Rede, die seitens des Rechtsanwalts Wölffel eine eingehende Erwiderung fand, ist nur hervorzuheben, daß der Candidat der verbündeten Agrarier und Deutschconservativen im Wahlkreise Quersfurt-Merseburg der königliche Kammerherr von Helldorff-Bedra ist. Herr Dr. Höfger, der bis 1866 ein eifriger Fortschrittlermann war, empfahl denn auch mit dem ganzen Fanatismus eines — Befehlens statt seines früheren Candidaten Dr. Eberty jetzt — den Kammerherrn von Helldorff. Sonst erhob sich keine einzige Stimme für denselben.

Freyburg a. N., d. 1. Januar. Gestern hat in Laucha, heute hier eine Wahlversammlung der Liberalen stattgefunden. Beide Mal waren die Säle, in welchen die Versammlungen stattfanden, bis auf den letzten Platz gefüllt. Besonders zahlreich waren hier, wie in Laucha, die ländlichen Wähler vertreten. In beiden Versammlungen erstattete der bisherige Reichstagsabgeordnete, Rechtsanwalt Wölffel aus Merseburg, in ausführlicher, fast zweistündiger Rede seinen Rechenschaftsbericht, in beiden Versammlungen wurde der Rechtsanwalt Wölffel einstimmig für die be-

vorstehende Reichstagswahl wiederum zum Candidaten aufgestellt. Die liberale Partei darf unter den hier und in Laucha obwaltenden Verhältnissen, dies Ergebnis der beiden Versammlungen als einen großen Erfolg ansehen. Sowohl hier als in Laucha giebt es nämlich noch eine große Anzahl Anhänger der Fortschrittspartei. Diese waren bei Beginn des Wahlkampfes wenig oder vielmehr gar nicht geneigt, für die Wiederwahl des Rechtsanwalts Wölffel einzutreten, weil derselbe für das Compromiß gestimmt hat, durch welches noch in letzter Stunde die Justizgesetze zu Stande gekommen sind. Der Rechtsanwalt Wölffel hat nun aber sein Verhalten in der Compromißfrage in so klarer, auch seine bisherigen Gegner aus der Fortschrittspartei überzeugenden Weise zu rechtfertigen gewußt, daß die letzteren ausdrücklich und wiederholt sich jetzt mit der Abstimmung unseres bisherigen Abgeordneten, und in Folge dessen auch mit seiner Wiederwahl einverstanden erklärt haben. Der Rechtsanwalt Wölffel wies nämlich in klarer Auseinandersetzung nach, daß die Justizgesetze in seiner Beziehung, auch nicht in Beziehung auf die Presse einen Rückschritt gegen den jetzigen Zustand, in den wichtigsten Punkten aber trotz des Compromisses — und ganz abgesehen von der durch das Zustandekommen der Gesetze erreichten deutschen Reichseinheit — einen so wesentlichen Fortschritt bedeuten, daß die nur vertagten, nicht aufgegebenen Forderungen der Presse dem ganzen Werke gegenüber nicht von so hoher Bedeutung erscheinen konnten, um lediglich dieser Forderung willen, das große Werk der deutschen Reichseinheit scheitern zu lassen.

Aus dem Kreise Quersfurt. Am Dienstag den 2. d. M. haben in Mückeln und Neumark Wahlversammlungen der Liberalen stattgefunden. Beide Versammlungen waren trotz des recht schlechten Wetters zahlreich besucht. In Mückeln fungirten der Kreisgerichtsrath Wandt als Vorsitzender, der Stadtverordnete Rabe und der Amtmann Braun aus Zöbiger als Beisitzer. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde in Neumark der Fabrikdirector Bauer, zu Beisitzern wurden der Ortsrichter Rühnt aus Rörbisdorf und der Handelsmann A. Malz aus Neumark gewählt.

Nachdem der bisherige Reichstagsabgeordnete Wölffel seinen Bericht erstattet hatte, wurde er in beiden Versammlungen als alleiniger Candidat der liberalen Partei proclamirt: in Mückeln einstimmig, in Neumark gegen die drei Stimmen des Pastors und zweier Beamten des Kammerherrn v. Helldorff auf Schloß Bedra.

* * * Aus dem Kreise Merseburg. In Lauchstädt und in Schaffstädt haben am 3. d. M. Wahlversammlungen stattgefunden. In beiden Versammlungen wurde der frühere Landtagsabgeordnete Professor Dr. Witte aus Merseburg zum Vorsitzenden gewählt. Als Beisitzer fungirten: in Lauchstädt der Ortsrichter Vogel aus Kleingräfenberg und der Ziegelbesitzer Hahn aus Lauchstädt, in Schaffstädt die Gutbesitzer Jul. Schlegel und Hermann Hochheim. In beiden Versammlungen erstattete der bisherige Reichstagsabgeordnete, Rechtsanwalt Wölffel seinen Rechenschaftsbericht und berichtete demnach der Professor Dr. Witte über den Verlauf der großen Wahlversammlung, die am 30. v. M. in Merseburg stattgefunden hat.

Namentlich die Schaffstädtter Versammlung war zahlreich von den angesehensten Gutbesitzern der Umgegend besucht. Viele hatten einen anderthalbstündigen Marsch auf dem schlechtesten Wege nicht gescheut, um der Versammlung beizuwohnen.

Sie schienen aber auch alle befreit den Heimweg anzutreten, denn die meisten verabschiedeten sich persönlich bei dem Rechtsanwalt Wölffel, indem sie ihm ihren Dank aussprachen für seinen eingehenden Bericht.

Der Beifall, den die Auseinandersetzungen des Rechtsanwalts Wölffel in beiden Versammlungen fanden, zeigte auch, wie sehr sich das politische Verhalten des Rechtsanwalts Wölffel in den

Kreisen der wahrhaft liberalen Wähler der Zustimmung erfreut.

In beiden Versammlungen wurde denn auch die Wiederwahl des Rechtsanwalts Wölffel ohne jeglichen Widerspruch einstimmig beschlossen.

* * * Quersfurt, den 4. Januar. Heute hat unter dem Vorsitz des früheren Landtagsabgeordneten, Kreisgerichtsrath Meyer von hier, die Wahlversammlung der Liberalen stattgefunden. Ein so zahlreich aus der Stadt, namentlich aber von Lande besuchte Versammlung hat unser Rathhausaal noch nie gesehen! Aber nicht die Zahl der Erschienenen allein war es, durch welche sich die Versammlung vor allen früheren auszeichnete, es waren auch alle Berufsclassen durch ihre angesehensten Mitglieder vertreten.

Dem fast zwei Stunden dauernden Vortrage des bisherigen Reichstagsabgeordneten, Rechtsanwalt Wölffel aus Merseburg folgten die Anwesenden mit der gespanntesten Aufmerksamkeit um am Schlusse der Rede in lauten Beifall auszubringen und dem Redner durch Erheben von den Sigen ihren Dank auszusprechen.

Den größten Theil des Berichts bildete die Rechtfertigung der nationalliberalen Partei gegen die Angriffe, welche diese Partei wegen ihrer Zustimmung zu den sog. Justizgesetzen erfahren hat und täglich noch erfährt.

Der Rechtsanwalt Wölffel wies dabei namentlich die Beschuldigung mit Entkräftung zurück, daß die nationalliberale Partei das viel angefeindete „Compromiß“ hinter dem Rücken der Fortschrittspartei abgeschlossen habe. Denn — so sagte er — es ist eine Thatsache, daß der Führer der Fortschrittspartei, Professor Dr. Hänel, durch den Abgeordneten Dr. Lasker von dem Beschluß der Nationalliberalen, mit der Reichsregierung einen Ausgleich zu suchen bei Beginn der Verhandlungen unterrichtet und daß gleichzeitig an Herrn Dr. Hänel die Aufforderung gerichtet ist, sich Namens der Fortschrittspartei an den Verhandlungen mit der Reichsregierung zu betheiligen. Der Professor Dr. Hänel hat seine Betheiligung aber abgelehnt und zwar nicht, weil er von einem Compromisse überhaupt nichts hat wissen wollen, sondern lediglich deshalb, weil er gemeint hat, daß seine und seiner Partei Betheiligung an den Verhandlungen — einem Ausgleich nicht förderlich sein werde. Trotzdem ist der Professor Dr. Hänel von Stund an durch den Abgeordneten Dr. Lasker von dem Verlaufe der Verhandlungen Tag für Tag unterrichtet worden.

Um dem auch von den Organen der Fortschrittspartei erhobenen Vorwurfe zu begegnen, daß die Entwicklung unserer Institutionen einen Fortschritt nicht bedeuten, verlas der Rechtsanwalt Wölffel eine Stelle aus einer Rede des fortschrittlichen Abgeordneten Ehsoldt aus Dresden des wörtlichen Inhalts:

„Meine Herren, ich habe bereits gestern Abend anerkannt, daß in dem Compromisse, wie es vorliegt, ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande enthalten sei.“

Außer über die Justizgesetze sprach der Rechtsanwalt Wölffel noch über das Reichsmilitärgesetz über das Preß- und Bankgesetz u. s. w.

Daß die zahlreich erschienenen Wähler nach Anhörung des Berichts ihres bisherigen Reichstagsabgeordneten dessen Wiederwahl einstimmig beschlossen, bewies, daß das politische Verhalten des Rechtsanwalts Wölffel in den weitesten Kreisen ungetheilte Zustimmung findet.

Zum Schlusse sprach sich der Rechtsanwalt Wölffel auf den Wunsch der Versammlung noch über das neuerlich veröffentlichte Programm der Candidaten der Agrarier und Deutschconservativen, Kammerherrn von Helldorff-Bedra aus. Wenn es — meinte er — die Absicht der conservativen Partei sei, die große Masse der Wähler durch den immer wiederholten Hinweis auf angebliche „Fluth von Gesetzen“ gegen d

(Fortsetzung auf der Beilage.)

Hierzu eine Beilage: „Liberale Reichs-Wahl-Extrapost“.

Liberaler Reichs-Wahl-Extrapost.

Sonnabend den 6. Januar 1877.

liberale Partei aufzubringen, so spiele sie damit ein gefährliches Spiel. Denn Jedermann wisse, daß die liberale Partei auch nicht ein Gesetz allein machen könne, daß vielmehr, um einen Vorschlag zum „Gesetz“ werden zu lassen, auch die Zustimmung: in Preußen des Herrenhauses und der Staatsregierung, im Deutschen Reiche des Bundesrathes, und vor Allem die Unterschrift unseres Kaisers und Königs gehöre!

Mit Vorwürfen, wie den der „Ueberfluthung mit Gesetzen“ oder gar den, — wie Herr von Helldorff-Bedra wörtlich sagt, daß jetzt — „eine Freiheit ohne Schranken und Dämmung bestehe“, untergrabe man in den Massen die Autorität. Geiße das aber conservative Politik treiben?

Wenn endlich aber in dem erwähnten Programm

verlangt werde, „daß die Gesetzgebung dem Schwindel und der schwindelhaften Speculation (Actien-Anwesen, Wandelager, Ausverkauf u. s. w.), dem gewerbsmäßigen Betrug und der gewerbsmäßigen Fälschung entgegentritt, die sich jetzt bereit machen“, so werde dabei nur zweierlei außer Betracht gelassen.

Erstens nämlich, daß es, Betrug und Fälschung, auch wenn Beides „gewerbsmäßig“ betrieben werde, zu bestrafen, nicht erst eines „Gesetzes“ bedürfe, sondern nur — des Staatsanwaltes. Denn ein Reichsstrafgesetzbuch existire ja schon lange. Zweitens aber sei außer Betracht gelassen, daß es zuerst ein liberaler Abgeordneter, der von der Tribüne herab Enthüllungen über „den Schwindel und schwindelhafte Speculation“

auf dem Gebiete des Actienwesens gemacht habe! Die Versammlung schloß gegen 10 Uhr mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf unsern Kaiser.

Ueber die Wahlversammlungen der Liberalen, welche noch in Lügen, Seydewitz, Almsdorf, Steigra, Nebra, Rosleben stattfinden werden, können wir leider nicht mehr berichten. Das Ergebnis der bisherigen Wahlversammlungen aber ist:

der **Rechtsanwalt Wölfel** in Merseburg ist **alleiniger Candidat der liberalen Partei** im Wahlkreise Querfurt-Merseburg für die

am **10. Januar d. J.**

stattfindende Reichstagswahl!

Auszug

aus der Verfassung des deutschen Reiches, dem „Wahlgesetz für den Reichstag“ und dem Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869.

Artikel 20 und 29 der Verfassung des deutschen Reiches

Artikel 20. Der Reichstag geht aus allgemeinen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor.

Artikel 29. Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesammten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Auszug aus dem „Wahlgesetz für den Reichstag“ vom 31. Mai 1869 (Bundesgesetzblatt S. 145).

§ 9. Die Wahlhandlung, sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

Die Function der Vorsteher, Beisitzer und Protokollführer bei der Wahlhandlung in den Wahlbezirken und der Beisitzer bei der Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen ist ein unentgeltliches Ehrenamt und kann nur von Personen ausgeübt werden, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden.

§ 10. Das Wahlrecht wird in Person durch Verdeckte in eine Wahlurne niederkommende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

§ 11. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Candidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, schriftlich oder im Wege der Vereinfältigung zu versehen.

§ 12. Die Wahl ist direct. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den zwei Candidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§ 13. Ueber die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlzettel entscheidet mit Vorbehalt der Prüfung des Reichstages allein der Vorstand des Wahlbezirks nach Stimmenmehrheit seiner Mitglieder.

Die ungültigen Stimmzettel sind zum Zwecke der Prüfung durch den Reichstag dem Wahlprotokoll beizufügen. Die gültig befundenen bewahrt der Vorsteher der Wahlhandlung in dem Wahlbezirke so lange verriegelt, bis der Reichstag die Wahl definitiv gültig erklärt hat.

§ 14. Die allgemeinen Wahlen sind im ganzen Bundesgebiete an dem von dem Bundespräsidium bestimmten Tage vorzunehmen.

Auszug aus dem Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869.

§ 9. Der Tag der Wahl wird von dem Bundespräsidium festgesetzt. Die Wahlhandlung beginnt 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen.

§ 10. Der Wahlvorsteher ernannt aus der Zahl der Wähler seines Wahlbezirks einen Protokollführer und drei bis sechs Beisitzer und laßt dieselben mindestens zwei Tage vor dem Termine ein, beim Beginne der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes zu erscheinen.

Die Wahlvorsteher, Beisitzer und Protokollführer erhalten keine Vergütung. Sie dürfen kein unmittelbares Staatsamt bekleiden (§ 9 des Gesetzes).

§ 11. Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist.

Auf diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Vor dem Beginne der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß dasselbe leer ist.

Ein Abdruck des Wahlgesetzes und des gegenwärtigen Reglements ist im Wahllokale anzulegen.

§ 12. Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Protokollführer und die Beisitzer mittelst Handchlags an Eidesstatt verpflichtet und so den Wahlvorstand constituirt.

Zu keiner Zeit der Wahlhandlung dürfen weniger als 3 Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig sein.

Der Wahlvorsteher und der Protokollführer dürfen sich während der

Wahlhandlung nicht gleichzeitig entfernen. Verläßt einer von ihnen vorübergehend das Wahllokal, so ist mit seiner zeitweiligen Vertretung ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes zu beauftragen.

§ 13. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokale weder Discussionen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Angenommen hiervon sind die Discussionen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäftes bedingt sind.

§ 14. Zur Stimmabgabe sind nur diejenigen zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind (§ 8 des Gesetzes).

Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl theilnehmen.

§ 15. Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an welchem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt, wenn der Wahlbezirk aus mehr als einer Pfartheil besteht, seinen Wohnort, in Städten, in welchen die Wählerliste nach Hausnummern aufgestellt ist, seine Wohnung an.

Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher, oder dessen Vertreter (§ 12 des Reglem.), welcher denselben uneröffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß legt.

Der Stimmzettel muß derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm stehende Name verdeckt ist.

Stimmzettel, bei welchen hiergegen verstoßen ist, oder welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind, (§ 10 Absatz 2 des Gesetzes), hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen. Insbesondere hat derselbe auch darauf zu achten, daß nicht statt eines mehrere Stimmzettel abgegeben werden.

§ 16. Der Protokollführer vermerkt die erfolgte Stimmabgabe jedes Wählers neben dem Namen desselben in der dazu bestimmten Rubrik der Wählerliste.

§ 17. Um 6 Uhr Nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Nachdem dies geschehen ist, dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Stimmzettel werden aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt. Ergiebt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit von der ebenfalls festzustellenden Zahl der Wähler, bei deren Namen der Abstimmungsvermerk in der Wählerliste dienlichen im Protokolle anzugeben, so ist dieses nebst dem etwa zur Aufklärung dienlichen im Protokolle anzugeben.

§ 18. Sodann erfolgt die Eröffnung der Stimmzettel.

Einer der Beisitzer entfaßt jeden Stimmzettel einzeln und übergiebt ihn dem Wahlvorsteher, welcher denselben nach lauter Vorlesung an einen anderen Beisitzer weiter reicht, der die Stimmzettel bis zum Ende der Wahlhandlung aufbewahrt.

Der Protokollführer nimmt den Namen jedes Candidaten in das Protokoll auf, vermerkt neben demselben jede dem Candidaten zustellende Stimme und zählt diese laut. In gleicher Weise führt einer der Beisitzer eine Gegenliste, welche ebenso wie die Wählerliste (§ 16 des Reglements) beim Schlusse der Wahlhandlung von dem Wahlvorstande zu unterschreiben und dem Protokolle beizufügen ist.

§ 19. Ungültig sind:

- 1) Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind;
- 2) Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
- 3) Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist;
- 4) Stimmzettel, auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist;
- 5) Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

§ 20. Die Stimmzettel, über deren Gültigkeit es nach § 13 des Gesetzes einer Beschlusfassung des Wahlvorstandes bedürftig hat, werden, mit

fortlaufenden Nummern versehen, dem Protokolle beigeheftet, in welchem die Gründe kurz anzugeben sind, aus denen die Ungültigkeitserklärung erfolgt oder nicht erfolgt ist.
Die ungültigen Stimmen kommen bei Feststellung des Wahlergebnisses nicht in Anrechnung.

§ 21. Alle abgegebenen Stimmzettel, welche nicht nach § 20 des Reglements dem Protokolle beigeheftet sind, hat der Wahlvorsteher in Papier einzuschlagen und zu versiegeln, und so lange aufzubewahren, bis der Reichstag die Wahl definitiv für gültig erklärt hat.
§ 22. Ueber die Wahlhandlung ist ein Protokoll — aufzunehmen.

Statistisches.

Das Stimmverhältniß im Wahlkreise Querfurt-Merseburg bei den bisherigen Wahlen zum Reichstage.

Am 12. Februar 1867 Wahl zum constituirten Reichstage des Norddeutschen Bundes.

Zahl der abgegebenen Stimmen	19,316
Ungültige Stimmen	109
Gültige Stimmen	19,207

Von den gültigen Stimmen erhielten:

der damalige Regierungs-Assessor, jetzige Landrath Otto von Hellendorff aus Weglar	7,111
der Regierungs-Rath Jordan	2,428
der Rechts-Anwalt Wölfel	9,664
zersplitterte Stimmen gab es	4
Sa. uts.	

Am 31. August 1867 Wahl zum ersten und letzten Reichstage des Norddeutschen Bundes.

Zahl der abgegebenen Stimmen	12,763
Ungültige Stimmen	51
Gültige Stimmen	12,712

Von den gültigen Stimmen erhielten:

Ritterguts-Besitzer, Rittmeister von Hellendorff aus Et. Ulrich	6,416
Rechts-Anwalt Wölfel	6,242
Zersplitterte Stimmen gab es	44
Sa. uts.	

Am 20. März 1871 Wahl zum ersten deutschen Reichstage.

Zahl der abgegebenen Stimmen	13,257
Hier von erhielten:	
Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D. von Hellendorff aus Et. Ulrich	5,691
Rechts-Anwalt Wölfel	7,566
Sa. uts.	

Bei dieser letzten Wahl hatten erhalten:

der Rittmeister a. D. von Hellendorff	
in den Städten	1,087
auf dem Lande	5,604
	5,691
der Rechts-Anwalt Wölfel	
in den Städten	2,502
auf dem Lande	4,064
	7,566

Am 10. Januar 1874 Wahl zum zweiten deutschen Reichstage.
Zahl der abgegebenen Stimmen 13,644

Hier von erhielten:

Landrath Otto von Hellendorff zu Weglar (der jetzige Kammerherr von Hellendorff-Bedra)	4,585
Rechts-Anwalt Wölfel	9,020
Es zersplitterten sich	30
Sa. wie oben.	

Die Stimmen vertheilten sich, wie folgt, auf die Kreise, auf die Städte und das platte Land.

Es erhielten nämlich:

von Hellendorff-Bedra	
1) im Kreise Querfurt und zwar:	
a. in den Städten	297
b. auf dem platten Lande	2,584
Sa.	2,881
2) im Kreise Merseburg und zwar:	
a. in den Städten	465
b. auf dem platten Lande	1,239
Sa.	1,704
Sa. Sa.	4,585

Rechts-Anwalt Wölfel

1) im Kreise Querfurt und zwar:	
a. in den Städten	1,110
b. auf dem platten Lande	2,789
Sa.	3,899
2) im Kreise Merseburg und zwar:	
a. in den Städten	1,778
b. auf dem platten Lande	3,352
Sa.	5,130
Sa. Sa.	9,029

Von den gültig abgegebenen Stimmen haben also am 10. Januar 1874 erhalten:

1) der conservative Candidat von Hellendorff-Bedra	33,6 pCt.,
2) der liberale Candidat Wölfel	66,1 pCt.,
zersplittert haben sich	0,3 pCt.,
	das sind 100,0 pCt.

Das Ergebnis der Wahlmännerwahlen im October 1876,

zusammengestellt im statistischen Bureau des Wahlvereins der liberalen Partei im Wahlkreise Querfurt-Merseburg.

Gewählt sind im Kreise	Sa.	Stand oder Beruf der Wahlmänner.	Gefehlt haben aus dem Kreise		Bestimmt haben						Sa.	Bemerkungen.	
			Querfurt.	Merseburg.	liberal im Kreise	conservativ im Kreise	conservativ-liberal im Kreise	liberal im Kreise	conservativ im Kreise	conservativ-liberal im Kreise			
Grundbesitzer und zwar:													
52	55	107	Bauergutsbesitzer.	1	1	29	41	22	4	—	9	107	Außerdem 2 für ungültig erklärt.
3	16	19	Stadtgutsbesitzer.	—	—	3	15	—	—	—	1	19	
7	8	15	bürgerliche Rittergutsbesitzer.	1	—	—	3	6	3	—	2	15	
8	3	11	adelige Rittergutsbesitzer.	—	—	1	—	7	2	—	1	11	
24	35	59	Dorfsrichter.	3	—	2	25	19	3	—	7	59	Außerdem 1 für ungültig erklärt.
19	29	48	Handwerksmeister und selbstständige Handwerker.	1	1	14	26	3	1	1	1	48	
17	25	42	Kaufleute und Fabrikanten.	—	1	15	24	2	—	—	—	42	
9	9	18	Brauer und Müller.	—	—	8	9	1	—	—	—	18	
12	6	18	Rastoren.	—	—	1	2	11	1	—	3	18	
5	10	15	Staatsbeamte.	—	—	3	3	1	2	1	5	15	
7	8	15	Lehrer.	1	—	3	6	3	1	—	1	15	
9	4	13	Wirtschafts-, Fabrik- und Grubenbeamte.	—	—	—	2	9	2	—	—	13	
7	3	10	Ritterguts- und Domainenpächter.	—	—	1	3	6	—	—	—	10	
5	4	9	Gast- und Schenkwirthe.	—	—	—	4	5	—	—	—	9	
2	2	4	Arzte und Rechtsanwälte.	—	—	2	2	—	—	—	—	4	
1	2	3	Besoldete Communal-Beamte.	—	—	—	1	1	—	—	1	3	
1	2	3	Ziegelei- und Grubenbesitzer.	—	—	1	2	—	—	—	—	3	
7	6	13	Verchiedenen anderen Berufsclassen Angehörige.	—	—	4	6	3	—	—	—	13	
195	227	422		7	3	87	174	99	19	2	31	422	

An unsere Gesinnungsgenossen!

Dem Wunsche entsprechend, welcher in der Wahlversammlung am 30. v. M. ausgesprochen und allseitig mit Zustimmung begrüßt wurde, haben wir den „Merseburger Correspondent“ als Organ der liberalen Partei im Wahlkreise Querfurt-Merseburg gemonnen. — Der „Merseburger Correspondent“ wird demgemäß fortfahren, die politischen Tagesfragen in gemeinschaftlicher, entschieden freisinniger Weise zu besprechen, und die Interessen unserer Partei wahrzunehmen und zu wahren. — Demgemäß richten wir nun aber auch an unsere Parteigenossen die Bitte, auf den „Merseburger Correspondent“ vorzuziehen ab zu abonnieren und dafür Sorge zu tragen, daß derselbe auch in den öffentlichen Localen des Wahlkreises gehalten wird.
Merseburg, den 6. Januar 1877.

Der Vorstand

des Wahlvereins der liberalen Partei im Wahlkreise Querfurt-Merseburg.

Für die Redaction verantwortlich: Th. Köhner. Druck und Verlag von Sellig & Köhner.

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend früh 7 Uhr.
Inserate: Die dreizehnpol. Letztheile 6 Pfg.
Expedition: Mälzerstraße 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 3.

Sonnabend den 6. Januar.

1877.

Für das laufende Quartal werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 1,25 Mark resp. 1,20 Mark von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entzogen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.
Die Expedition des „Merseburger Correspondenten“.

Zur Reichstagswahl des Kreises Querfurt-Merseburg.

Der Tag naht mit raschen Schritten, an dem es die Pflicht jeden deutschen Wählers sein wird, den Namen desjenigen Abgeordneten in die Wahlurne zu versenken, dem er das meiste Vertrauen schenkt. Je nach dem politischen Standpunkte des Wählers wird natürlich auch sein Vertrauen auf diesen oder jenen Candidaten gerichtet sein, und Nebemann wird es gerechtfertigt finden, wenn der Conservative dem Conservativen, der liberale Wähler dem liberalen Candidaten seine Stimme giebt. Etwas anderes ist es aber, wenn unter politischem Deckmantel eine Partei sich regt, der dieser Mantel, weil unrechtes Gut, nicht zu kommen, die diesen Mantel nur umhängt, um ihre wahre Gestalt zu verschleiern, die Politik zu treiben vor sich, während sie lebendig elende Sonderinteressen verfolgt.

Dies sind die sogenannten Agrarier, die Socialisten im Schlafrock; mit allen Mitteln haben sie es in allen Gauen unseres großen deutschen Vaterlandes versucht, für ihre Sonderinteressen Propaganda zu machen, daß Bündniß mit irgend welcher politischen Partei wäre ihnen recht gewesen. — Alle aber kehrten ihnen den Rücken. Verurtheilt und geächtet fanden sie keine Heimath auf deutscher Erde, ruhelos irrten sie umher, einem unruhlichen Ende entgegen, ein maelnes Aufzucken verrieth noch ihr Dasein. Trotzdem haben sich denn auch in unserm Wahlkreise diese Herren gemüthigt gesehen, das agrarische Panier herauszustecken, zuerst bei der Wahl zum Landtag unter conservativer, und da dies nicht zichen wollte, jetzt bei der Reichstagswahl unter liberaler Flagge, indem sie einen zweifelhafte angeblich liberalen Candidaten in der Person des Reg.-Raths Jäger auf den Schild erheben, in Opposition gegen den bisherigen zuverlässigen Vertreter der liberalen Partei, den Rechtsanwalt Wölfel in Merseburg.

Selten jedoch ist wohl je eine Partei (wenn man es eine Partei nennen kann) besser heimgeleuchtet worden, als die Agrarier von den Liberalen. Sämmtliche liberalen Wahlversammlungen der Kreise Querfurt und Merseburg erlärten als ihren alleinigen und ausschließlichen Candidaten den
Rechtsanwalt Wölfel in Merseburg,
er stets treu zur Partei gestanden und dem erst in ganz jüngster Zeit als Zeichen dankbarer Anerkennung seiner politischen Thätigkeit ein schönes Ehrengedicht von seiner, der liberalen Partei erwidmet wurde.

Da, ihr liberalen Wähler, bei Wölfel wissen wir, daß er liberal ist und allen Verdächtigungen zum Trotz auch bleiben wird, vom Regierungsrath Jäger, den uns die Agrarier empfehlen, wissen wir dagegen, daß er in Lauchstädt bei der

Wahl zum Landtag als conservativer Candidat aufgestellt war, während ihn die Agrarier jetzt zu einem Liberalen stempeln, eine Thatfache, die denn doch ein ganz eigenthümliches Licht auf den politischen Charakter des Regierungsraths Jäger wirft; jedenfalls ist dieser Herr zu bedauern, daß er als ungeschulter Politiker sich dazu herbeigelassen, seinen Namen den Sonderinteressen einer Clique dienstbar zu machen.

Denn, nicht ist es die Aufgabe eines Reichstagsabgeordneten, im Reichstage Ständes- und Sonder-Interessen zu vertreten, denn da würde schließlich jeder Stand dies verlangen, sondern dahin zu wirken und zu streben, „daß die Gesetzgebung gemacht werden im liberalen Sinne, nach liberalen Grundsätzen und Anschauungen!“ Das ist die Aufgabe uneres Abgeordneten, welche durchaus nicht anschießend die Sorge um das Wohl der heimischen Kreise.

Und deshalb noch einmal, ihr liberalen Wähler alle, auch Ihr, die Ihr in Unkenntniß den Aufruf für Jäger mit unterzeichnet, schaaft Euch zusammen wie Ein Mann zur

Wiederwahl des Rechtsanwalts Wölfel.

zerplittert nicht die Partei, überläßt den Herrn Jäger dem großen Politiker Adolph Richter in Loblagan, den die Lorbeerren seines Reichstags-Namensvetters nicht schlafen lassen, haltet hoch wie immer das alte liberale Panier und bedenkt, daß das alte gute Sprichwort „eine Taube in der Hand ist besser als ein Sperling auf dem Dache“ auch heute noch gilt!

Übersicht.



halten ist. Wer sich in aller Kürze über diese Fortschritte unterrichten will, dem empfehlen wir das „offene Sendeschreiben“ des Abg. Lasker, „der Streit um die Justizgelese“, wo er in musterhafter Einfachheit und Klarheit das bisher gültige Recht und die nunmehr erreichten Vorzüge gegenübergestellt findet.

Die orientalische Krisis, die in den letzten Wochen während der Conferenzverhandlungen ein ruhigeres Tempo angenommen hatte, steht jetzt unmittelbar vor der Entscheidung, und die Ausichten auf eine friedliche Beilegung haben sich wieder sehr verdüstert. Die Conferenz hat ihre Forderungen bestimmt formulirt und die Pforte hat bisher als Erweiterung nur Ausflüchte und Winkelzüge gehabt, die im Wesentlichen auf die Ablehnung hinauslaufen. Beharrt die Pforte entschieden auf ihrer Ablehnung, so werden nicht nur die Diplomaten der Conferenz, sondern alle Vertreter der Großmächte sofort Constantinopel verlassen und Rußland wird wohl ungefümt mit kriegerischen Maßnahmen vorgehen. Die Ausichten, den russisch-türkischen Krieg zu vermeiden, sind nicht gerade mehr groß. Aber wenigstens insofern hat sich die Situation seit den letzten Wochen günstiger gestaltet, als allgemeine europäischer Zusammenstoß kaum mehr in Frage kommen kann. Die Mächte gehen durchaus geschloffen vor und die Pforte steht dem einmüthigen Willen Europas gegenüber. Verharrt sie in ihrem Troge, so wird sie auf irgend welche Unterstützung von Seiten einer europäischen Macht sich keine Rechnung mehr machen können. In dieser Beschränkung des Kriegsschauplatzes auf eine Auseinandersehung zwischen Rußen und Türken liegt immerhin ein Trost, denn man sich noch vor wenigen Wochen kaum hingeben dürfte, als der Czar Alexander seine kriegsgebende Ansprache in Moskau hielt und der englische Premierminister mit dem Sabel raffelte. Jede Stunde kann den definitiven Bescheid der Pforte auf die Anträge der Conferenz bringen; lange hinhalten wird man sich wohl jetzt nicht mehr lassen, der Worte sind auch in der That genug gewechselt. Wenn aber bei dieser Gelegenheit das Osmanenreich van seinem Schicksal ereilt wird, so sind die dafür verantwortlich zu machen, welche statt des ernstlichen Strebens, die tiefen Schäden des Landes zu heilen, mit dem Possenspiel einer Verfassung und eines Parlaments auf diesem Boden der völligen Barbarei vor Europa treten und die Existenz des Staats im leichsinnigen Spiel auf eine Karte setzen.

Deutschland.

Berlin. Die Kaiserin erschien am Donnerstags Mittag zu der 150 jährigen Jubelfeier der königlichen Charite und widmete der Anstalt ein Portrait des Kaisers mit folgenden Worten: „Seiner Majestät der Kaiser haben Mich beauftragt, Sein Bild an diesem Ehrentage zu überreichen. Seine hohe Anerkennung gilt der von Seinen erlauchten Vorfahren gegründeten Anstalt, welche für die Zwecke der Humanität und Wissenschaft unserer Hauptstadt stets die wichtigste Bildungstätte darbieten wird.“

— Während der Tafel, welche zu dem Jubelfest Sr. Maj. des Kaisers stattfand, erhob sich Sr. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kron-

Waarenlager
on Vormittag
urs-Verwaltung
alle.
W. Graul
ung
hr. (Pionier-Compagnie)
mar. früh 7 Uhr.
t: Rathshof.
Das Kommuni-
nischen Feuer-
nben bei Herrn
liegen.
Der Vösig-
ordentliches Dienst-
Jorek. Ausgange
er geht. Zu erfu-
Mädchen, die etwas
Dente zur Hin-
16. Januar. Abg. 11
Apel. Brechtstraße
llge sind mir 9
H. M. gestiegen,
Enale durchgesch-
eben geben, ihre
abhandlung, nie
fenden Volkes
Gutungen 6. Wä-
gehören, ist ab-
erhält eine Belohn-
fester Keller Nr. 1.
elose, Fleißermei-
Breitstraße bis nach
instete verlor.
Großen deutschen
hobeln gegen an-
Rosow, Brechtstr.